

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark im voraus gebildet. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Was der Hümmel“, „Sachbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Witz in der Biederwelt“, „Kulturarbeit“ und „Trotz!“ erscheint wöchentlich einmal, Samstags und Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kapazitätsfrage 60 Pfennig, Reflektierte 4.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pfennig (zuletzt zwei Heftdrucke), jedes weitere Heft 12 Pfennig, Gedenksprüche das erste Heft 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Werbemaße Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Große 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhof 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Neujahrsbotschaft von Labour.

Henderson und Macdonald über das kommende Wahljahr.

London, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

In seiner Neujahrsbotschaft an die britische Arbeiterschaft stellt der Generalsekretär der Arbeiterpartei und Präsident der Arbeiter-Internationale Arthur Henderson fest, daß das vergangene Jahr für ungezählte Arbeiter ein Jahr der Entbehrungen gewesen sei. Auf die bevorstehenden Neuwahlen anspielend, spricht Henderson die Hoffnung aus, daß das Jahr 1928 die Arbeiterpartei instandsetzen werde, der Bevölkerung größere praktische Dienste als jemals in ihrer bisherigen Geschichte zu erweisen. „Ein Sieg der Arbeiterpartei“, so fährt Henderson mächtig fort, „wird den Massen der Arbeiterschaft und ihren Familien solche Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Verhältnisse und Erfüllung ihrer Wünsche bringen, daß das Jahr 1928 für sie ein glücklicheres sein wird als das vergangene Jahr.“

In ähnlicher Weise betont Ramsay Macdonald in seiner Neujahrsbotschaft an die Partei, daß das Jahr 1928 sich als eine Wendung in der Geschichte der Arbeiterpartei erweisen werde. Macdonald fordert deshalb die Partei auf, alle Sonderbestrebungen und Wünsche hinter die Notwendigkeit der Parteieinheit zurückzustellen. „Wollt unsere Anhänger“, so schließt die Botschaft wörtlich, „in solcher Art der Partei dienen, so werden die nächsten Wahlen, die unmöglich länger als ein Jahr hinausgeschoben werden können, eine sieghafte Vermehrung der sozialistischen Stimmen und die Wiederkehr einer Arbeiterregierung mit sich bringen.“

Rechtssieg bedeutet Rheinlandbesetzung

Deshalb wünschen ihn die französischen Nationalisten.

Welche deutsche Regierung ist den französischen Nationalisten am liebsten? Diese Frage ist eigentlich durch die eindeutige Sprache der Tatfachen längst beantwortet: Seit dem Eintritt der Deutschnationalen in das Reichskabinett ist die Frage der Rheinlandräumung und der Rückgabe des Saargebiets um keinen Schritt weitergekommen. Stresemann ist seit der Bildung der Bürgerblockregierung nicht weniger als viermal in Genf mit Briand zusammengekommen; aber weder im März noch im Juni, noch im September, noch im Dezember 1927 sind die Verhandlungen von Thoiry wieder ausgenommen worden. Und was

das Letzte ist: die Deutschnationalen haben sich mit dieser Tatsache längst abgefunden, sie verlangen gar nicht von ihrer Regierung, daß sie das Problem der Rheinlandräumung aufwirft!

Diese Zurückhaltung ist von den französischen Nationalisten längst erkannt worden. Sie machen daher kein Hehl mehr daraus, daß ihnen die gegenwärtige deutsche Bürgerblockregierung viel bequemer ist. Mit dankenswerthem Spitzsinn hat es soeben der betamte Außenpolitiker des „Echo de Paris“ Bertinat ausgesprochen. In einer Betrachtung über die kommenden Wahlen in Deutschland und Frankreich polemisiert er gegen die Pariser Linkspressen, die einen Sieg der deutschen und französischen Verbündeten im Interesse des Friedens und der deutsch-französischen Verständigung wünscht. Das führende Blatt der französischen Nationalisten ist anderer Ansicht. Es wünscht nicht nur den Sieg der französischen, sondern auch der deutschen Rechten. Warum? Bertinat spricht es offen aus: Nach einem Sieg der deutschen Linken würde die neue linksgerichtete Reichsregierung „fortwährende außenpolitische Erfolge“ erstreben und erzielen. Sie wäre „viel ungeduldiger“ als die gegenwärtige Regierung

Ray-Stressemann-Hergt! Einer deutschen Linkenregierung, das ist der klare Sinn der Auslassungen Bertinats, könnte man die Rheinlandräumung nicht länger verweigern, während man es mit der gegenwärtigen Rechtsregierung als bequemer hat: sie fordert gar nichts, sie ist viel geduldiger, sie wagt gar nicht einmal, das Problem der Rheinlandräumung anzuschneiden!

Die deutschnationale Presse hat diese Bekenntnisse des „Echo de Paris“, dieses willkürlichen unter den deutschfeindlichen Blättern, mit sichtbarem Wohlbehagen abgedruckt, weil sie offenbar ihren Zweck nicht begriffen hat: Sie hat darin nur eine „Symptomlehre“ für die Bürgerblockregierung erblickt, aber das vernichtende Urteil nicht erkannt, das in dieser sorgenvollen Warnung vor den Folgen eines Sieges der deutschen Linksparteien enthalten ist. Der Tatbestand ist jetzt völlig klar: Die französischen Nationalisten und Militaristen, die das Rheinland nicht verlassen wollen, wünschen der „geduldigen“ Bürgerblockregierung möglichst langes Leben; denn solange die Westarp-Partei im Kabinett vertreten ist, wird die Räumungsfrage nicht einmal angefaßt werden.

Bürgerblocksforgen in Prag.

Ministerpräsident Schwehla erkrankt.

Prag, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

Innerhalb des tschechisch-deutschen Bürgerblocks beginnt es bedenklich zu kriseln. Die Gegensätze zwischen seinen liberalen und dem agrarischen Teil, der die übrigen Parteien im Schlepptau führt, werden immer stärker. Voll befriedigt von der Kooperationsarbeit sind eigentlich nur die tschechischen Agrarier, die Partei des Ministerpräsidenten, die vom Zollgesetz angefangen, ihre Machtposition fast ausschließlich für ihre eigenen Partei- und Standesinteressen mißbrauchte. Die deutschen Regierungsparteien fühlen immer stärker den Druck der Opposition gegen ihre Politik, die nicht nur schärfsten antisozialen Charakter zeigt, sondern auch national sich fast durchaus rückwärts auswirkt. Die Situation innerhalb der Regierung wird jetzt dadurch verschärft, daß Ministerpräsident Schwehla nicht unbedenklich erkrankt ist und wahrscheinlich auf einige Monate zur Erholung ins Ausland fahren wird. Sein Stellvertreter, der päpstliche Botschafter Schramek, hat den Widerstand fast sämtlicher nichtliberaler Koalitionsparteien gegen sich, andererseits wird er, von seiner Partei gedrängt, das Interregnum sicher dazu benutzen wollen, das Steuer noch mehr nach der christlich-sozialen Seite hinüberzuwerfen. Der Bürgerblock in der Tschechoslowakei steht auf außerordentlich schwachen Füßen.

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Prag, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

Seit Monaten bildet die Frage der Abänderung der Sozialversicherung das Hauptkampfobjekt zwischen Regierung und Opposition. Die beabsichtigte Verschlechterung des der Arbeiterschaft abzuwehrenden Gesetzes war auch eine der Hauptursachen der Annäherung zwischen den sozialdemokratischen Parteien des Landes. Der sozialdemokratische Reichstagskongress im Januar, an dem auch die tschechischen sozialdemokratischen Parteien teilnehmen werden, wirkt auch in dieser Richtung bereits seine Schatten voraus. Es verlautet nämlich, daß die Regierungsparteien den Entwurf in der vorliegenden Form auf-

zugeben und Konzessionen besonders hinsichtlich der Heim- und Saisonarbeiter zu machen entschlossen sind, die aus der Versicherung ausgeschlossen werden sollten. Auch auf dem Standpunkt der Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Verwaltung der Krankenkassen scheinen die Regierungsparteien nicht mehr zu beharren.

Die bulgarische „Amnestie“.

Nach russisch-bolschewistischem Muster. — Nur wenig politische Gefangene freigelassen. — Es wird weiter verhaftet.

Sofia, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

Anlässlich des Neujahrstages wurden durch einen königlichen Ukas gegen 250 Gefangene begnadigt; davon 64 völlig, die übrigen erhielten Strafmilderung. Der allermeiste Teil der Begnadigten sind politische Gefangene. Dagegen ist fast die gesamte Opposition für eine breite Amnestie ausgesprochen. Die Regierung also wieder unerschütterlich. Dagegen durchsuchte die Polizei in der Donaustadt Ruschik das Klubgebäude der unabhängigen Gewerkschaften und verhaftete 42 Arbeiter.

Der neue Leiter der GPU.

Die Meldung, daß an Stelle des bisherigen Volkskommissars für das Bildungswesen Lunatscharski, der langjährige Leiter der Tscheka (GPU) Menschinski ernannt sei, mußte das größte Bestreben hervorrufen. Wie behauptet wird, soll die Erklärung für diese eigenartige Ernennung in dem Umstand zu suchen sein, daß die Sowjethochschulen in politischer Hinsicht nicht besonders zuverlässig sind. Bekanntlich hat auch die Jarenregierung mehr als einmal bei Ernennungen von Ministern für das Bildungswesen sich von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Die Versammlung, die die Oppositionellen im Moskauer Technischen Institut veranstaltet haben, scheint die Maßnahme der Sowjetregierung zu rechtfertigen.

Programm und Taktik.

Die Beschlüsse des französischen Parteitag.

Paris, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

Auf der Tagesordnung des Kongresses der französischen Sozialistischen Partei, der vom 26. bis 29. Dezember in Paris stattgefunden hat, standen zwei Hauptpunkte, das Programm und die Taktik. Nur der zweite Punkt ist erledigt worden. Da die Programmkommission, die von dem Parteivorstand Anfang des Jahres ernannt wurde und in der der rechte Flügel keine Vertretung hatte, mit ihrer Arbeit nicht fertig geworden war und dem Kongress keinerlei Projekte unterbreitete, mußte man sich darauf beschränken, von den Grundlinien Kenntnis zu nehmen und im übrigen eine neue erweiterte Kommission zu ernennen, die den Auftrag erhielt, das Programm so rasch wie möglich auszuarbeiten. Nur in der Finanzfrage konnte der Kongress einem fertigen Text zustimmen, weil der frühere Präsident der Finanzkommission der Kammer, Auriol, die nötigen Vorarbeiten gemacht hatte. Angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit, die gerade diese Frage auf dem Gebiet der Innenpolitik hat, ist dadurch das magerere Ergebnis der Programmdiskussion etwas entschleierte worden. Um den Kongress einstimmig gutgeheißenen Entwurf Auriols ist in der Presse ein heißer Kampf entbrannt. Während die einen darin die Abkehr der Sozialisten von der Kapitalabgabe sehen und die „weisse Wähligung“ loben, die die Sozialisten gezeigt hätten, stößt ein der Organe der französischen Hochfinanz, das von dem schwerindustriellen Abgeordneten Poncet geleitete „Bulletin Economique“ gellende Warnruf aus, indem es schreibt: „Achtung, dieses neue Projekt der Sozialisten ist viel gefährlicher als das alte, viel sozialistischer, viel revolutionärer.“ In Wirklichkeit bedeutet der von Auriol, Blum, Bedouce und Antonelli, den vier Finanzfachverständigen, die eineswegs immer einer Meinung waren, ausgearbeitete Entwurf weder eine völlige Preisgabe der Kapitalabgabe noch eine uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Entwurfs von 1925. Die finanziellen und wirtschaftlichen Umstände haben sich genügend geändert, um eine Anpassung der sozialistischen Finanzforderungen an die neue Lage nicht nur zu rechtfertigen, sondern unerlässlich zu gestalten. Das Wort „Kapitalabgabe“ findet sich nicht mehr in dem Entwurf, weil es sich bei der jetzigen Formulierung vielmehr um eine „Umschichtung der Vermögenssteuern“ handelt. Die Wirkung, die der von dem Parteitag gefasste Entschluß in den Rechtskreisen auslöste, hat gezeigt, wie klug der Kongress handelte, als er dem Bericht und Entwurf Auriols zustimmte.

Größeres und leidenschaftlicheres Interesse als für das Programm hat der Parteitag für die Frage der Taktik gezeigt. Die Auseinandersetzungen in der sozialistischen Presse und bei den verschiedenen Bezirksparteitag hatten bewiesen, daß vielerlei Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der Resolutionskommission des Kongresses gelang es verhältnismäßig rasch, sich über die Taktik im ersten Wahlgang zu verständigen, da auch diejenigen, die den einzelnen Bezirksverbänden eine gewisse Freiheit lassen wollen, sich damit einverstanden erklärten, daß die materiellen Erwägungen ausschlaggebend sein dürften, wenn in dem einen oder anderen Kreis kein Kandidat aufgestellt werden sollte. Wenn das ausdrücklich in dem vom Kongress gefassten Beschluß — der prinzipiell die Aufstellung von Kandidaten in allen Kreisen fordert, jedoch Ausnahmen vorsieht — betont wird, so deshalb, um möglichen politischen Kombinationen vorzubeugen, die da oder dort zu Abmachungen für den ersten Wahlgang führen können.

Wiel schwerer war es, sich über die Taktik im zweiten Wahlgang zu verständigen. Daß der Kongress, der Donnerstag mittag 2 Uhr zu seiner Schlussitzung zusammengetreten war, bis 6 Uhr warten mußte, ehe im Namen der Resolutionskommission Blum endlich den Bericht erstatten konnte, ist ausschließlich auf die sehr lange, heftige Diskussion zurückzuführen, die in der Kommission im Zusammenhang mit dem Vorgehen im zweiten Wahlgang entbrannt war. Brade, Jgromski und ihre Freunde hätten die Partei gern auf einen Beschluß festgelegt, durch den die Bezirksorganisationen aufgefordert worden wären, im zweiten Wahlgang für den Kommunisten gegen die Radikalsozialisten einzutreten. Dagegen haben sich Paul Boncour, Grumbach und Renaudel heftig gewehrt, indem sie zwar die Möglichkeit eines Eintretens für den Kommunisten nicht ohne weiteres ablehnten, wenn es kein anderes Mittel gebe, den Reaktionen zu schlagen, jedoch im allgemeinen den Vorzug für den Radikalsozialisten forderten, wenn dieser nicht zu der nationalsozialistischen Franklin-Bouillon-Richtung gehöre. Bei der Diskussion stellte sich heraus, daß die Lage in den verschiedenen Wahlkreisen die mannigfaltigsten Möglichkeiten zulasse.

Daß es schließlich der Resolutionskommission nach einigem Widerstand Jgromskis am nächsten erschien, dem von der Mehrheit des Seine-Verbandes angenommenen Text Blums zuzustimmen, der sich darauf beschränkt, die Parole auszugeben, im zweiten Wahlgang alles daranzusetzen, die Reaktion zu schlagen, beweist, daß der

Lugenbergs neuester Reinfall.

Luxemburger Resolution und Genfer Abrüstungsregelung.

Kongress in die einzelnen Bezirksverbände das Vertrauen legt, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die dem festgesetzten Ziel der Partei am dienlichsten sind. Selbst die auf dem diesmaligen Kongress beinahe ganz verschwundene bolschewistische Gruppe um Maurin, die die Einheitsfront mit den Kommunisten gefordert hatte, wagte es schließlich nicht, gegen die Vorschläge der Resolutionskommission zu stimmen, sondern enthielt sich der Abstimmung.

Die Betrachtung, mit der der Kongress das „offene Einheitsfront-Angebot“ der kommunistischen Partei als politische Höchstapfel kennzeichnete und ohne jede Antwort ließ, hat der Debatte über die Taktik der französischen Sozialisten bei den kommenden Kommunalwahlen den Stempel aufgedrückt. Die Partei geht allein gegen die Reaktion vor. Ohne gemeinsames Programm, sei es mit den Radikalen, sei es mit den Kommunisten, wird sie im zweiten Wahlgang, wenn sie keine Aussicht mehr hat, ihren eigenen Vertreter durchzubringen, für denjenigen Kandidaten stimmen, der ihr am geeignetsten erscheint, die Fortführung des gegenwärtigen „Ein-Viertel-Links, Drei-Viertel-Rechts-Blod“ zu verhindern. Das ist der praktische Sinn der von dem Kongress gefassten Beschlüsse.

Guérand, den Dolch im Gewande...

Schauerliche Enthüllungen in Hugenberg's „Nachtausgabe“

Einen Tag zu früh ist im Hause Hugenberg Silvester ausgebrochen. Gestern abend las man in der Nachtausgabe:

Marx soll durch Intrige gestürzt werden.

Der Zentrumsabgeordnete von Guérand interessiert sich für den Finanzposten. — Marx soll übertrahst werden. — Die Sozialdemokratie fürchtet die Radikalisierung ihrer eigenen Partei durch Neuwahlen.

Darunter wird spaltenlang, nur durch einige aufregende Zwischenzeilen unterbrochen, erzählt, daß der Zentrumsvorsitzende v. Guérand im Bunde mit dem Genossen Löbbe drauf und dron sei, Marx als Reichskanzler um die Ecke zu bringen. Die Sozialdemokraten hätten größte Angst vor den Neuwahlen, weil sie eine Radikalisierung ihrer eigenen Partei befürchteten, und darum wollten sie gar keine Wahlen, sondern lieber gleich eine große Koalition. Guérand werde Reichskanzler, Gen. Keil Reichsfinanzminister werden, auch die anderen Parteiführer seien schon verteilt bis auf eins, das man der — Wirtschaftspartei vorbehalten habe, wenn sie mitmachen will. Kurz und gut, alles ist fertig, nur der arme Marx weiß nichts davon. Aber in „maßgebenden parlamentarischen Kreisen der Rechten“ kennt man diese Besprechungen in allen Einzelheiten, so man ist sogar bereit, die Sozialdemokraten vor den Wahlen auch noch ein bißchen regieren zu lassen. Schau, Schau!

Von den maßgebenden parlamentarischen Kreisen der Rechten ist es nicht nett, daß sie dem guten Marx die Einzelheiten, die sie kennen, vorenthalten haben, so daß er seine Zukunft erst aus dem Nachschuß Hugenberg's erfahren muß.

Am übrigen: Härte sich die Sozialdemokratie in die Rolle begeben, die ihr hier angedichtet wird, so müßte sie ebensowol Linte getrunken haben, wie der Dichter dieses politischen Schauerromans offenbar gestern schon Punsch getrunken hat. Ein Verlaß freilich, der solche von A bis Z erfundene Geschichten einem gläubigen Volkspublikum für 15 Pfennige pro Stück verkauft, streift damit schon die Grenzen des Betrugs.

Schulliederbücher der Republik.

Fort mit den Fürstensliedern!

Kultusminister Dr. Becker macht in einem Rundschreiben die Schulbehörden darauf aufmerksam, daß sich in den Schulliederbüchern gelegentlich noch Lieder finden, die im Hinblick auf die geltende Staatsform zu Bedenken Anlaß geben, daß dagegen Lieder, die den Geist des Volksstaates zum Ausdruck bringen, nur selten oder gar nicht in den Liedbüchern stehen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Minister Becker deswegen die Schulbehörden ersucht, diesen Zustand zu beseitigen, wozu insbesondere bei der Genehmigung neuer oder zum Neubrud bereits zugelassener Liederbücher Gelegenheit sein werde. Auch bei der Auswahl solcher vaterländischer Lieder dürfen nur nach Text und Musik wesentliche Stücke berücksichtigt werden. Ohne Zweifel würden sich — etwa unter den Liedern der achtundvierziger Jahre, aber auch unter solchen der neuesten Zeit — einige finden lassen, die allen berechtigten Anforderungen entsprechen.

Das Gerichtswesen in der Sowjetunion.

Praktische Immunität von Kommunisten.

Auf dem 15. Kongress der KP der Sowjetunion entstanden nach dem Bericht des Kommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion Debatten über den Stand des Gerichtswesens in der Sowjetunion. Der Generalkstaatsanwalt Krylents führte eine Reihe von Beispielen an, die die Schwierigkeiten der Anklageerhebung gegen Personen, die einen verantwortlichen Posten bekleiden oder der kommunistischen Partei angehören und die sich der Gesetzesüberschreitung schuldig gemacht haben, veranschaulichten.

So hat die Staatsanwaltschaft sich lange bemüht, die verantwortlichen Leiter einer Behörde zur Verantwortung zu ziehen, an die sich die Bauern im Laufe eines Jahres vergelich gemacht haben, um die bestellten Traktorenteile oder wenigstens eine Antwort bezüglich des Geldes, das sie gleichzeitig mit der Bestellung eingekauft hatten, zu erhalten. Nur dank der Energie des Staatsanwalts war es möglich, die betreffenden Personen vor Gericht zu stellen, das sie zu einer zweiwöchigen Haft verurteilte.

In einem anderen Prozeß wegen Amtsverbrechen, der in einem Minister Gericht verhandelt werden sollte, erhielt die Staatsanwaltschaft die Antwort, „daß der Angeklagte Arbeiter und Parteimitglied sei und ein gerichtliches Verfahren in diesem Falle unzumutbar wäre“. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist es der Staatsanwaltschaft gelungen, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen, das sich jedoch mit einem „öffentlichen Verweis“ begnügte.

Aber nicht immer gelingt es auch, die gerichtlichen Urteile zu vollstrecken. In dem Prozeß gegen den Butterruß, in dem einige der angeklagten Kommunisten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden, begann ein Kampf gegen den Strafverfolgung. Die Kollisionsbehörde sprach sich zwar gegen eine Aufhebung des Urteils aus, aber beschloß gleichzeitig, sich an das Präsidium des Zentralaustauschsausschusses mit der Bitte zu wenden, das Urteil nicht zu vollstrecken. Gemäß dieser Bitte hob das Präsidium

„Die SPD für Kontrolle des Rheinlandes.“ So lautet die Ueberschrift eines Artikels im „Lokal-Anzeiger“, in dem die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Luxemburger Resolution kommentiert wird. Es hat wohl keinen Zweck, sich hier mit den Hugenberg'schen Verdrehungen auseinanderzusetzen. Die Leser des „Vorwärts“ haben sowohl die Resolution wie auch ihre Erläuterung gelesen, und aus beiden geht eindeutig hervor, daß die Vertreter unserer Partei sich in Luxemburg mit den ausländischen Genossen völlig darüber geeinigt haben, erstens, daß das noch besetzte Gebiet baldigst geräumt werden müßte; zweitens daß ein Sonderregime für das Rheinland nur in der Form einer zivilen Kommission und nur für die Zeit bis zum Ablauf der normalen Besatzungsfrist in Frage käme, im übrigen aber einer internationalen, gegenseitigen, vertraglichen Abrüstungskontrolle des Völkerbundes über alle Länder schnellstens zu weichen hätte.

Den Lesern des „Lokal-Anzeigers“, die die Erklärung des Parteivorstandes nicht kennen, kann man natürlich das Gegenteil vorfügen, wenn man über die nötige Gewissenlosigkeit verfügt. Die Behauptungen des Hugenberg-Blattes sind aber nicht nur verleumderisch, sie sind obendrein reichlich ungeschickt. Denn sie zeugen von einer totalen Unkenntnis der eigenen Regierung.

Drei Wochen nach der Luxemburger Konferenz wurde in Genf die Uebertragung der deutschen Abrüstung auf den Völkerbund geregelt. Das von Stresemann unterzeichnete Dokument vom 11. Dezember 1926 besagt:

„Die Militärkontrolle des Völkerbundes soll sich auch auf die in Art. 42 und folgenden des Friedensvertrages vorgesehene Entmilitarisierung der Rheinlande erstrecken.“

Vier Wochen nach diesem von Stresemann (und Hindenburg) gebilligten Abkommen sind die Deutschen in die Reichsregierung eingetreten, nachdem sie durch Annahme der „Richtlinien“ die bisherigen außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands ausdrücklich anerkannt und sich zur Fortsetzung des bisherigen außenpolitischen Kurses ausdrücklich verpflichtet mußten.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Resolution von Luxemburg und den Regierungsbeschlüssen von Genf. Und zwar: die Sozialdemokraten wollten als Organ des Völkerbundes, das von Fall zu Fall auf Anweisung aus Genf eine Investigation im Rheinlande vornehmen sollte, eine zivile Kommission vorschlagen. Die Reichsregierung hat für solche Investigationen Militärkontrolloren des Völkerbundes akzeptiert!

Aber weiter: Die Sozialdemokraten wollten, daß diese Kontrolle im Rheinlande spätestens im Jahre 1935 ihr Ende finde, erstrebten aber ihre Verallgemeinerung, ihre

Ausdehnung auf alle Völkerbundsstaaten im Zusammenhang mit der geplanten internationalen Abrüstungskonvention. Da die Abrüstungskonferenz normalerweise vor 1935 ihr Werk beendet haben müßte — sie soll ja noch im Jahre 1928 stattfinden —, würde auch die zivile Völkerbunds-Kommission für das Rheinland entsprechend früher aufgehoben werden. Wird die internationale, gegenseitige Kontrolle der Durchführung der Abrüstung nicht beschlossen, so wäre das vom sozialistischen Standpunkt aus nur zu bedauern; aber dann hätte nach der Luxemburger Resolution jede Kontrolltätigkeit im Rheinland spätestens 1935 aufhören müssen. Nach der Genfer Regelung dagegen soll das Untersuchungsrecht des Völkerbundes im Rheinland zeitlich nicht beschränkt sein. Und damit haben sich die Deutschen bei ihrem Regierungseintritt einverstanden erklärt.

Schließlich: Für die Verfasser der Luxemburger Resolution war die Bildung der zivilen Kommission ein Mittel, um die vorzeitige Rheinlandräumung zu erleichtern. Dagegen hat die Reichsregierung der Genfer Regelung zugestimmt ohne jegliche Gegenleistung, ohne die Frage der Rheinlandräumung bei dieser Gelegenheit überhaupt zu erwähnen!

Bei dieser Gelegenheit wirft der „Lokal-Anzeiger“ der Sozialdemokratie vor, daß sie von einem französischen „Besatzungsrecht“ spreche und dieses somit anerkenne. Das Hugenberg-Organ deklamiert; Paul Art. 431 besteht dieses Besatzungsrecht „längst nicht mehr“, da Deutschland alle seine Verpflichtungen bereits erfüllt hat. Ähnlich die „Tägliche Rundschau“, die der Sozialdemokratie gleichfalls ihre Luxemburger „Extraktur“ vormirrt, ohne allerdings in den verleumderischen Ton des „Lokal-Anzeigers“ zu verfallen, der uns nachfragt, wir seien „der These der französischen Militaristen von einer Fortdauer des Besatzungsrechts beigetreten“.

Schmierenkommödianten! Was haben denn die Deutschen bisher getan, um ihre angebliche Auffassung, daß Frankreichs Besatzungsrecht erloschen sei, durch positive Handlungen zu bekräftigen? Seit fast einem Jahre sitzen vier deutsche Minister im Reichskabinett. Ist in dieser Zeit auch nur ein einziges Mal ein offizieller Schritt erfolgt, um diese Rechtsauffassung vor der Welt zum Ausdruck zu bringen? Nichts ist geschehen, ja, es wird seit einem Jahre über die Räumung der besetzten Gebiete nicht einmal mehr verhandelt. Die Bürgerblockregierung hat zwölf Monate lang das fortdauernde Besatzungsrecht Frankreichs allein durch ihre Passivität stillschweigend anerkannt. Es ist allerdings leichter, die deutschen Sozialdemokraten zu verleumden, weil sie gemeinsam mit den ausländischen Bruderparteien die besten Mittel und die schnellsten Wege suchen, um der von ihnen gemeinsam verworfenen Besetzung ein Ende zu machen!

Eine sensationelle Spionageaffäre.

138 Millionen Yen für Verrat Rußlands an Japan?

Wie englische Blätter melden, steht in London in nächster Zeit ein sensationeller Prozeß bevor. Drei russische Offiziere haben die japanische Regierung auf

Zahlung von 138 Millionen Yen

(rund 250 Millionen Mark) verklagt. Der Klage liegt angeblich ein Vertrag zugrunde, den der japanische Ministerpräsident Yamagata während des russisch-japanischen Krieges mit den Offizieren geschlossen haben soll. Die Offiziere hätten sich verpflichtet, sämtliche militärischen Geheimnisse Rußlands an die japanische Regierung auszuliefern. Die prompte Erfüllung dieser Verpflichtung soll Japan zum Siege über Rußland verholfen haben.

Wie verlautet, befindet sich dieser eigenartige Vertrag bei einer englischen Bank im Depot. Sein Inhalt ist bis heute noch nicht veröffentlicht.

Bemerkenswert ist, daß der bekannte Sowjethistoriker und Kommunist Pokrowski im dritten Bande seiner im Jahre 1926 erschienenen russischen Geschichte dieser Angelegenheit zwei ganze Seiten widmet. Es heißt da wörtlich:

„Am 29. August wurde von Witte der Friedensvertrag (in Fortsetzung) unterschrieben... Sehn Jahre später tauchte im Auslande ein bis zum äußersten eigenartiges Dokument auf, so etwas wie ein Wechsel: die Verpflichtung der japanischen Regierung, dem Inhaber dieses Wechsels (der Name war nicht genannt) 129 Millionen Yen (etwa 100 Millionen Goldrubel) als Entgelt für alle militärischen Geheimnisse der russischen Regierung, zu deren Herbeischaffung sich der Betreffende verpflichtete, auszugeben. Dieses

eigentümliche Schriftstück war mit einer noch eigentümlicheren Klausel versehen, die dahin ging, daß Japan verpflichtet sei, die genannte Summe nur dann auszugeben, falls es während der im Schriftstück angegebenen Frist nicht in einen neuen Krieg mit Rußland verwickelt werden würde.

Da aber Japan während der bezeichneten Frist nicht nur nicht mit Rußland einen Krieg geführt hat, sondern gemeinsam mit Rußland, England und Frankreich gegen Deutschland Krieg geführt hat, so hat der „Inhaber“ selbstverständlich seinen Pfennig erhalten, das Schriftstück wurde als Fälschung erklärt, obgleich die japanischen Diplomaten nicht leugneten, daß die Unterschrift des Marsschalls Yamagata, des damaligen — im Jahre 1905 — japanischen Premierministers, echt sei. Wie auf einem gefälschten Dokument eine echte Unterschrift stehen kann, darüber wollen wir nicht rechten.“

Im weiteren Verlauf seiner Darstellung stellt Pokrowski verschiedene Vermutungen auf, wer der Inhaber des Wechsels sein könnte. Er kommt zu dem Schluß, daß alle militärischen Geheimnisse Rußlands allein einer hochgestellten Persönlichkeit bekannt sein konnten und glaubt daraus schließen zu müssen,

daß der Inhaber des Wechsels nur ein Großfürst sein konnte.

Was an dieser so ungeheuerlich anmutenden Geschichte wahr ist, wird sich wohl in der nächsten Zeit ergeben, sofern es tatsächlich zu einem Prozeß kommen sollte. Einer der klagenden russischen Spione soll als ein Graf Tiliński bezeichnet sein.

das Urteil auf und die Angeklagten brauchten ihre Strafe nicht zu verbüßen.

Zu derselben Frage äußerte sich auch das Mitglied der Zentralen Kontrollkommission Solz. Er wies darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft in erster Linie für die Erfüllung der Gesetze durch die Ortsbehörden Sorge tragen müsse, statt dessen sei sie jedoch gezwungen, sich mit verschiedenen geringfügigen Angelegenheiten zu befassen.

Die großen Prozesse werden bei uns in aller Eile durchgeführt, weil die Zahl der Prozesse außerordentlich groß ist, ebenso die Zahl der Personen, die für alle möglichen Uebertretungen zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. In den Gerichten herrscht jedoch eine Schlamperei, es gibt eine unendliche Menge der Instanzen, darunter zahlreiche Kontroll-, Appellationsinstanzen usw.“

Wie sehr die Hinweise des Redners auf den übertriebenen Eifer der Richter bei Anklagen gegen Personen, die sich eines geringfügigen Vergehens schuldig gemacht haben, auf Wahrheit beruhen, ist am besten aus dem Bericht des Kommissariats der Bauern- und Arbeiterinspektion zu ersehen. In den Volksgerichten der RSFSR (des russischen Teils der Sowjetunion) wurden im Laufe des Jahres 1926 1,4 Millionen Kriminalprozesse (mit 1,9 Mil-

lionen Angeklagten) angestrengt; 34,6 Proz. dieser Verfahren wurden eingestellt und 25,4 Proz. endeten mit einem Freispruch der Angeklagten. In der Ukraine wurden im Jahre 1926 15 Proz. der Gesamtbevölkerung vor Gericht zitiert. („Pravda“ vom 11. Dezember.)

Vor der Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft. Der Bürgerausschuß erklärte sich gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Mitglieder, die aber ihre Mitarbeit zusagten, bereit, die Geschäfte der aufgelösten Bürgerschaft innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen bis zum Zusammentritt der neuen Bürgerschaft fortzuführen.

Austritt aus der SPD. Der bisherige Führer der rheinischen Kommunisten, der Lehrer Peter Knab, ist aus der SPD ausgestiegen und hat seinen Austritt in der letzten Sitzung des rheinischen Provinziallandtages ausführlich begründet. In dieser Erklärung übt er an den trostlosen inneren Zuständen der kommunistischen Partei vernichtende Kritik.

Gegen die Auflösung der nationalsozialistischen Organisation in Berlin, die am 5. Mai durch den Polizeipräsidenten erfolgt, hatten die Nationalsozialisten Beschwerde eingelegt. Der Oberpräsident in Charlottenburg hat die Beschwerde gegen die Auflösungsverfügung des Berliner Polizeipräsidenten als unbegründet zurückgewiesen.

Probleme des Elfaß.

Glänzende Wirtschaftslage. — Klagen über Schulpolitik und Rechtspflege. — Die „Heimatbund“-Bewegung.

Die Vorgänge im Elfaß finden seit einiger Zeit in der bürgerlichen deutschen Presse einen bezeichnend eingehenden und einseitigen Widerhall. „Bezeichnend“, weil ihre Betrachtung stets in der schon von Nagel gekennzeichneten rein ideologischen Form erfolgt, welche die materielle Grundlage aller Verhältnisse außer acht läßt und deshalb überall zu Teilwahrheiten und Fehlschlüssen führt.

Das ehemals der deutschen Volkswirtschaft zugehörige Elfaß ist ohne die befürchtete Umstellungskrise in den französischen Wirtschaftsoberbau hineingewachsen, wozu freilich die Zollfreie Einfuhr, die das Deutsche Reich den elfaßischen Erzeugnissen bis 1925 gemäß dem Versailler Vertrag gewähren mußte, in nicht geringem Maße beigetragen haben mag. Die elfaßische Wirtschaftskraft ist heute stärker als je zuvor. Die bodenständige Landwirtschaft erzielte im vergangenen Jahr, verglichen mit dem letzten Vorkriegsjahr, das Doppelte an Tabak und ein Fünftel mehr an Getreide und Hopfen. Die jährliche Kaltausbeute ist von 250 000 Tonnen vor dem Krieg auf über 2 000 000 Tonnen im Jahre 1926 angewachsen, und eine ähnliche Erhöhung ihrer Produktion haben mit 17 Millionen und 3 Millionen Tonnen jährlich gegenüber 8 Millionen und 3,5 Millionen Tonnen im letzten Vorkriegsjahr auch die ehemals deutschen Erz- und Kohlengruben zu verzeichnen. Auch die elfaßische Textilindustrie, an deren Seite übrigens in den letzten Jahren eine bedeutende Automobilindustrie hinzugekommen ist, sieht im Zeichen der Prosperität, was schon daraus hervorgeht, daß die drei Departements Oberelb, Niederelb und Mosel, in die sich jetzt das frühere Reichsland Elfaß-Lothringen gliedert, selbst jetzt im Winter insgesamt nicht einmal zweitausend Arbeitslose zählen. Die Bühne der Arbeiterschaft hielten mit der Teuerung fast durchweg gleichen Schritt, ja gingen sogar stellenweise bedeutend über sie hinaus, so z. B. bei den gutorganisierten Buchdruckern und den mehreren tausend Arbeitern der allerdings unter sozialistischer Verwaltung stehenden Städte Straßburg und Mühlhausen, die bei einem Lebenshaltungsniveau von 583 ihre Einkommen auf gut das Lebensniveau der Vorkriegszeit bringen konnten. Der Achtstundentag ist in allen Betrieben ausnahmslos durchgeführt.

Das alles vergessen jene zu vermerken, die mit oft nur verhöhlener Schadenfreude dem deutschen Elfaß in seinem Leib- und Wagnisblatt die von ihm natürlich mit Genugtuung gehörte Beachtung verweigern, daß es den Elfaßern unter Poincaré noch schlechter gehe als unter Wilhelm. Wiederholt man diese Auslassung im Elfaß, so wird sie nur mit Lachen quittiert. Sie ist derart übertrieben, daß sie überhaupt keiner ersten Antwort gewürdigt wird. Ein Zauberner Fall hat sich immerhin noch nicht ereignet.

Trotzdem bemühen wir Sozialisten uns mit der Art, in der Poincaré das Elfaß zu einem lebendigen Glied des einen und unteilbaren Frankreich zu machen sucht, nicht zu befremden. Wenn die sogenannte autonomistische Bewegung in den letzten Monaten immer mehr hervortreten mag, so daß sich Poincaré schließlich nur noch durch ein Verbot ihrer Zeitungen zu helfen mußte, so läßt das mit Sicherheit darauf schließen, daß die neue Staatszugehörigkeit irgendwo Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben haben muß. Wo liegt nun dieses Etwas, dieser wahre Kern im hervortretenden Gerode vom „malaise alsacien“, vom „elfaßischen Unbehagen“?

Die Klagen, die man im Elfaß vornehmen hört, beziehen sich im wesentlichen auf zwei Gebiete: auf Rechtspflege und Schule. Gerade auf gesetzgeberischem Gebiet liegt zwischen dem Willen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, der die modernere deutsche Gesetzgebung beibehalten möchte, die gegenüber der französischen vor allem den ungleich rascher arbeitenden Zivilprozeß und die Institution des Grundbuchs voraus hat, und dem tabulativen Anlehnungswillen der derzeitigen französischen Regierung ein starker Widerspruch. Die Sozialisten des Elfaß, die durch den Straßburger Bürgermeister Pelrotes und Georges Weill in der französischen Kammer vertreten werden, sind für eine rasche und restlose Angleichung, freilich in einem anderen Sinne, als sie bisher von Poincaré ins Auge gefaßt wurde: Frankreich mache bessere Gesetze und noch wirksamere Sozialversicherungen, als die aus der deutschen Zeit übernommenen, die Frankreich bis jetzt leider noch immer Vorbild sein können, und kein Elfaßer wird mehr etwas gegen die Assimilation auf diesem Gebiete einzuwenden haben!

Die Schulfrage, natürlich nur, soweit sie eine Sprachenfrage ist (und nur in dieser Hinsicht ist sie gegenwärtig umstritten), betrachten unsere elfaßischen Genossen als gelöst. Der Unterricht ist in der Volksschule in allen Fächern mit Ausnahme der Religion von Grund auf französisch. Erst vom dritten Schuljahr ab kommen drei Stunden deutschen Unterrichts hinzu.

Wenn man die heute schon vorhandenen Ergebnisse dieser Erziehung sieht, bleibt einem allerdings die Stellungnahme unserer Genossen zu dieser Unterrichtsform, welche die Tatsache, daß die elfaßische Volkssprache deutscher Dialekt ist, und mit einer Fremdsprache beginnt, vollkommen in den Wind schlägt, kaum verständlich. Eine Generation Menschen, die hier weder richtig deutsch noch französisch sprechen lernen, ist Zeit ihres Lebens zur Halbgebildeten verurteilt. Die Stimmung in der Lehrerschaft, der es größtenteils noch selbst schwer fällt, französisch zu unterrichten, läßt sich angefaßt dessen leicht erraten.

Die Rolle der Volksschullehrer ist es vor allem, welche der elfaßischen „autonomistisch“ genannten Bewegung, die sich selbst beschwender und realpolitischer „Heimatbundbewegung“ nennt, ihre Fertigung verleiht. Doch ist trotz des Abganges des pathologischen Barons Klaus v. Hulst die Bewegung zu sehr mit solchen „Führern“ belastet, wie z. B. jenem Dr. Klein, der einst als Präsident des elfaßischen Vorkriegslandtags den Abgeordneten den Gebrauch ihres heimatischen Dialektes verbott! Doch ist die Bewegung zu sehr mit Forderungen behaftet, die niemals Aussicht auf Verwirklichung haben und selbst propagandistisch einen zweifelhaften Wert besitzen, wie z. B. der Ruf nach Verabschiedung aller im Elfaß tätigen französischen Beamten.

Wenn sich jedoch die Heimatbundbewegung von diesen Schloten befreit und nichts weiter als einen gesunden Regionalismus vertritt, wird die kommende französische Vintregierung nicht umhin können, den berechtigten elfaßischen Forderungen Gehör zu schenken. Die langsame Angleichung des geistigen Oberbaus an den materiellen Unterbau, der schon jetzt auf ausend französischen Wahlen ruht, wird sich trotzdem vollziehen. Unterrichtsmethoden — auch das ist die Ansicht unserer Genossen — sind nur geeignet, sie aufzuhalten. Die letzten Maßnahmen Poincarés, der sich nicht heute, auf eine Bestimmung vom Jahre 1865 zurückgreifen, um die ihm unangenehmen Heimatbundbewegungen als „fremdsprachig“ zu parieren, haben keinen Elfaßer Frankreich näher gebracht. Die Organe der elfaßischen Sozialisten, die Straßburger „Freie Presse“ und der Mühlhauser „Republikaner“, haben denn auch keinen Augenblick geäußert, die Anwendung dieser Verordnung, welche die in der Verfassung verbürgte Pressefreiheit für die gesamte deutschsprachige Presse des Elfaß geradezu illusorisch

Drei Könige kommen!

Die Reichsregierung zerbricht sich den Kopf, wie sie die drei Könige anbringen soll, die für 1928 ihren Besuch angekündigt haben. Sie will ein leeres Hohenzollernschloß zur Verfügung stellen.



„Man kann doch heutzutage nicht mehr drei Könige in einem Stall empfangen!“

macht, in den schärfsten Worten zu verurteilen, Worte, die Poincaré in der für Januar vorgesehenen Elfaßdebatte in der Deputiertenkammer nochmals zu hören bekommen wird.

Eine deutsche Einmischung in die elfaßischen Verhältnisse lehnen indessen unsere Genossen (und nicht nur diese!) entschieden ab. Die Kritik an dem Vorgehen der französischen Regierung ist in der Tat Sache der Elfaßer selbst — und jedes Wort, das in der deutschen Presse außerhalb des Rahmens der ihr selbstverständlich obliegenden Berichterstattung fällt, ist nur geeignet, den Kampf der Elfaßer um die Erhaltung ihres Volkstums als „deutsche Sache“ zu diskreditieren und obendrein das langsam absterbende Mißtrauen Frankreichs gegen Deutschland zu neuem Leben zu erwecken.

Dr. S. Lion, zurzeit Straßburg i. E.

Die Autonomistenverhaftungen.

Paris, 30. Dezember. (Ill.)

Zu der Verhaftung der elfaßischen Autonomisten in Straßburg werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Heute morgen gegen 7 Uhr fanden sich etwa dreißig Polizeikommissare, Inspecteure der mobilen Brigade und der Geheimpolizei in den Wohnungen der dreizehn Autonomisten ein, um diese zu verhaften. Die meisten der Verhafteten erhoben lebhaften Protest gegen die gegen sie erhobenen Anschuldigungen. Abbé Fajhauer erklärte den Beamten: „Nicht mich muß man verhaften, sondern den Staatsanwalt sollte man ins Gefängnis werfen.“ Der Chefredakteur der „Zukunft“, Schall, mußte gefesselt zum Gefängnis geschafft werden. Frau Fajhauer-Eggemann, die Schwägerin des früheren Abbés, erhielt die Erlaubnis, an ihre Eltern zu schreiben, damit sie sich ihres kleinen Kindes annähmen.

Unter den auf Veranlassung des Mühlhauser Untersuchungsrichters verhafteten Angehörigen der autonomistischen Bewegung befindet sich nach einer Havas-Meldung aus Straßburg auch der in der Straßburger Bürgermeisterei beschäftigte Pfarrer Heil, angeblich Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“. Der offizielle Führer der Autonomistenpartei, Dr. Ross, gegen den gleichfalls Haftbefehl erlassen wurde, soll flüchtig sein.

Poincarés 132 Milliarden.

Phantasien oder Erkenntnis der Wirklichkeit.

Der Bericht des Reparationsagenten vom Anfang Dezember schloß bekanntlich damit, daß er es für notwendig hielt, den Endbetrag von Deutschlands Reparationsverpflichtung festzusetzen und es dann Deutschland unter seiner eigenen Verantwortung und ohne jede ausländische Kontrolle zu überlassen, entsprechend dieser Verpflichtung zu zahlen. Der Dawes-Plan und die letzte Organisation der deutschen Reparationszahlungen blieben nur als ein Übergang zu einer solchen Endregelung angesehen werden.

Darauf hat der französische Ministerpräsident in der französischen Kammer geantwortet. Er wies darauf hin, daß Deutschlands Schuld durch die Londoner „Einkaufsverträge“ vom Mai 1921

ein für allemal in Höhe von 132 Milliarden Goldmark festgelegt

sei und daß nur die Regierungen der normalen alliierten Länder und Deutschlands an dieser Vereinbarung auf vertraglichem Wege Änderungen vornehmen könnten. Jede Erörterung, die sich mit der Festlegung der deutschen Gesamtschuld befaßt, sei daher überflüssig.

Für die Praxis der Reparationszahlungen besagt nun Poincarés Bestehen auf den Zahlen der Londoner Abmachungen nicht das geringste. Schon diese Vereinbarungen selbst fixierten nur den Betrag der deutschen Schuld.

nicht den Betrag der deutschen Leistungen.

Denn die 132 Milliarden zerfielen in einen Betrag von 80 Milliarden und einen anderen Betrag von 52 Milliarden. Die Reparationskommission war danach berechtigt, 50 Milliarden Goldmark Schuldverpflichtungen Deutschlands, die mit 5 Proz. verzinst und mit 1 Proz. jährlich zu tilgen waren, zu verkaufen. Ehe sie jedoch von den 52 Milliarden Goldmark Teilbeträge, sogenannte C-Bonds, verkaufte, mußte sie die Überzeugung gewonnen haben, daß die deutschen Leistungen unter dem gleichzeitig aufgestellten Zahlungsplan ausreichten, um Zinsen und Tilgung auch für diese Beträge aufzubringen. Schon aus dieser Bestimmung ergibt sich klar, daß schon damals bei den Reparationsgläubigern selbst Zweifel darüber bestanden, ob Deutschland wirklich imstande sei, den Betrag von 132 Milliarden Goldmark zu zahlen. Schon damals also hatte dieser

Riesenbetrag nur theoretischen Wert;

über die Höhe der wirklichen deutschen Leistung entschied nicht so sehr seine Höhe als der gleichzeitig aufgestellte Zahlungsplan. Dieser Londoner Zahlungsplan des Jahres 1921 bestimmte, daß Deutschland bis zur Tilgung der ganzen Schuld jährlich zahlen sollte:

1. 2 Milliarden Goldmark
2. 26 Proz. des Wertes der Ausfuhr oder einen entsprechenden Betrag auf Grund eines Index, der die Entwicklung der deutschen Wirtschaft widerspiegelt.

Danach hätte Deutschland etwa 3 Milliarden jährlich zahlen sollen (der Wert der Ausfuhr betrug damals etwa 4 bis 5 Milliarden Goldmark), d. h. Zins und Tilgung für rund 50 Milliarden. Aber selbst dieser Zahlungsplan wurde schon für das erste Halbjahr seiner theoretischen Geltung außer Kraft gesetzt. Denn in diesem ersten Halbjahr sollte Deutschland nicht 1½ Milliarden, sondern nur eine Milliarde zahlen, praktisch also nur den Dienst für etwa 35 Milliarden aufbringen.

Aber auch dieser Betrag wurde tatsächlich nicht aufgebracht. Nach der Konferenz von Cannes wurde Deutschland ein Moratorium gewährt. Weitere Moratorien folgten, und bis zum Einmarsch der französischen und belgischen Truppen ins Ruhrgebiet schleppten sich die Verhandlungen über einen endgültigen Zahlungsplan hin, der an die Stelle des in London „vereinbarten“ treten sollte.

Daß seine Untragbarkeit nicht etwa eine einseitige deutsche Auffassung war, zeigte der Vorschlag, den namens der englischen Regierung Sir John Bradburn im Januar 1923 auf der Pariser Konferenz der Reparationsgläubiger vorlegte. Dieser Plan sah vor, daß die Reparationskommission Deutschland seine Schuldverpflichtungen über 132 Milliarden Goldmark zurückgeben und

dafür neue Schuldverschreibungen über 50 Milliarden Goldmark erhalten sollte. Diese Schuldverschreibungen sollten von Deutschland nicht gezahlt, sondern am 31. Dezember 1934 zu pari zurückgezahlt und zunächst keine, dann ab 1927 nur 4 Proz. und erst von 1931 bis zum Ende 1932 5 Proz. Zinsen auf diesen Betrag gezahlt werden. Die auf diese Weise gestundeten Zinsen in Höhe von 17,5 Milliarden Goldmark sollten dann entweder als weitere Kapitalverpflichtung Deutschlands mit dem Grundbetrag von 50 Milliarden Goldmark verzinst und als Kapitalschuld am 31. März 1965 fällig werden oder auf Antrag Deutschlands von einem Schiedsgericht in anderer Weise reguliert werden.

Geht man davon aus, daß die gestundeten Zinsen entsprechend dem Spruch eines Schiedsgerichts erlassen worden wären, so hätte Deutschland demnach etwa (in abgerundeten Ziffern) die folgenden Zahlungen zu leisten gehabt:

von 1923 bis 1926	nichts
1927 - 1930	je 2 Milliarden
1931 - 1934	je 2 1/2 "
1935 - 1940	je 3 " (Zinsen zu 5 Proz. + 1 Prozent jährlicher Tilgung)

In dem anderen Falle, bei Einbeziehung der durch die Stundung der Zinsen neu entstandenen Kapitalschuld würden sich aber 1933 die deutschen Zahlungen um etwa ein Drittel erhöht haben. Sie hätten betragen etwa:

von 1923 bis 1926	nichts
1927 - 1930	je 2 Milliarden
1931 - 1932	je 3 1/2 "
1933 - 1934	je 3 3/4 "
1935 - 1936	3,9 "
1937 - 1940	4,1 "
1941 - 2001	1 "

Dieser englische Vorschlag von 1923 war in mancher Hinsicht günstiger als der Dawes-Plan von 1924. Dieser sah bekanntlich schon von 1924 ab deutsche Leistungen vor und erreichte den Betrag von

2 1/2 Milliarden jährlich schon 1928.

An die Stelle der festen Steigerungssätze des Plans Bradburn trat der Wohlstandsindex, über dessen zukünftige Auswirkung noch Unklarheit besteht. Während aber der Plan Bradburn überhaupt ein Ende der Reparationszahlungen vorsieht, enthält der Dawes-Plan keinerlei Begrenzung der deutschen Leistungen. Er ist nur ein Zahlungsplan für eine Reihe von Jahren ohne irgendwelche Begründung der Zahlungen auf der festen Grundlage einer begrenzten Schuldsumme.

Diese Darlegungen zeigen, daß die Zahlen des Jahres 1921, daß die Riesensumme von 132 Milliarden von Deutschlands Gläubigern selbst schon längst als theoretische Größen behandelt wurden. Wenn sich Poincaré gegenüber dem Vorschlag des Reparationsagenten auf sie beruft, begibt er sich zwar auf einen sicheren Rechtsboden, aber er erhebt sich auch in die Sphäre finanzpolitischer Phantasterei.

Aber nicht nur darum hat Poincaré unrecht, weil er mit theoretischen Beträgen in dem lustigen Bereich von Kammerreden Ball spielt, sondern auch weil er anscheinend die Bedeutung der Anregung Pariser Gläubiger unterschätzt. Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß seine Anregung die

Billigung des amerikanischen

gefunden hat, und dies amtliche Amerika verurteilt Frankreich gegenüber über das Druckmittel der interalliierten Schulden. Ein Zwischen dem Reparationsagenten und Poincaré besteht nicht irgendeine Meinungsverschiedenheit über die juristische Höhe der deutschen Schuldverschreibung. Aber während der Reparationsagent einen endgültigen Zahlungsplan fordert, will der französische Ministerpräsident sich der Lösung dieser dringlichen Frage noch vorläufig entziehen. Wie lange er dies tun will, wie lange er es tun kann, das hängt entscheidend vielleicht nicht mehr von ihm, sondern von dem Ausgang der Wahlen in Frankreich und den Vereinigten Staaten ab.

Neueinteilung der Schlichterbezirke.

Der Ruf nach der Neuordnung der Schlichterbezirke ist durch das Eingreifen des neuen Schlichters für Westfalen, Brisch, er stammt aus der freien Bauarbeiterbewegung, in die Arbeitszeit- und Lohnregelung der Großeisenindustrie laut geworden. So weist die „Kölnische Zeitung“ darauf hin, daß die Einteilung der Schlichterbezirke den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr Rechnung trage. Die Schlichterbezirke seien aufgebaut auf den Bezirks- und Generalkommandos. Der Bezirk des Dortmunder Schlichters reiche bis vor die Tore Kölns und in das Bergische Land hinein. Der Schwerpunkt der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie liege im Rheinland, auf dieses entfielen etwa zwei Drittel, auf Westfalen ein Drittel. Beim rheinisch-westfälischen Bergbau sei es gerade umgekehrt. Vielleicht prüfe der Reichsarbeitsminister einmal, ob nicht besser dauernd die sozialpolitischen Fragen der Eisenindustrie dem rheinischen Schlichter und die des Ruhrbergbaus dem westfälischen Schlichter anvertraut bleiben.

Die Kritik an der veralteten Einteilung der Schlichterbezirke ist nur allzu berechtigt. Wir brauchen eine neue, nach wirtschaftlichen Grundsätzen gestützte Einteilung der Schlichterbezirke. Die einfachste Lösung des Problems wäre die Schaffung von 13 Schlichterbezirken, die sich mit den 13 Landesarbeitsamtsbezirken decken. Soweit wir unterrichtet sind, ist das auch eine Forderung der freien Gewerkschaften. Das Reichsarbeitsministerium sollte deshalb sobald als möglich darangehen, die Gruppierung der Schlichterbezirke mit der der Landesarbeitsämter in Einklang zu bringen. Dort, wo eine große Industrie sich über zwei Schlichterbezirke ausdehnt, wie zum Beispiel die Großeisenindustrie, die von Essen aus sich sowohl ins Rheinland wie tief nach Westfalen hinein erstreckt, könnte unter Umständen die ganze Industriegruppe einem einzigen Schlichter anvertraut werden. Aber wie man solche Spezialfälle auch regeln

mag — die grundsätzliche Neuordnung der Schlichterbezirke sollte nicht länger mehr aufgeschoben werden.

Zu diesen Ausführungen des „SPD.“ sei bemerkt, daß uns eine starke Verminderung der Schlichterbezirke und damit eine allzu große Ausdehnung der einzelnen Bezirke nicht zweckmäßig erscheint. Die Schlichter dürfen nicht überlastet werden, und ihr Eingreifen darf nicht davon abhängen, ob sie im gegebenen Falle Zeit haben oder anderweitig in Anspruch genommen sind.

Die Urabstimmung der Schuhmacher.

Runmehr liegt das vollständige Ergebnis der Urabstimmung der Schuharbeiter über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband vor.

Von 18 148 Mitgliedern haben sich 9378, das sind rund 52 Proz., an der Urabstimmung beteiligt. Ungültig waren 85 Stimmen. Für die Verschmelzung wurden 5109 Stimmen abgegeben, gegen die Verschmelzung 4184 Stimmen. In Berlin stehen den 290 Stimmen für die Verschmelzung 541 Gegenstimmen gegenüber. An der für eine Verschmelzung erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 6108 Stimmen fehlten rund 1100 Stimmen. Die Verschmelzung ist damit zum dritten Male abgelehnt. Die nächstjährige Generalversammlung wird wohl zu diesem Ergebnis Stellung nehmen.

Ein Tarifvertrag für die Arbeitsnachweisangestellten ist gestern zum Abschluß gekommen. Vorläufig offen geblieben ist nur noch die Regelung des Gehaltsfortbezuges im Krankheitsfalle, soweit es sich um Angestellte mit einer Dienstzeit von weniger als drei Jahren handelt. Der Tarifvertrag tritt für die einzelnen Dienststellen der „Reiffa“ mit dem Zeitpunkt in Kraft, in dem sie der Reichsanstalt eingegliedert werden.

Der Unfallausschuß der Grubenversicherungscommission hat am Mittwoch die Unglücksstelle der Zeche Herlohn II, wo in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember mehrere Bergarbeiter um ihr Leben kamen, befahren lassen. Die Untersuchung ergab keine wesentlichen Anhaltspunkte. Rätselfast bleibt nach wie vor, in welcher Weise sich Gase in solchen Mengen an der Unglücksstelle ansammeln konnten.

Achtung Tischler! Für die Firma Heintzel, Barne-münde, bei der sich die Belegkass im Streit befindet, werden in hiesigen Zeitungen Tischler angefordert. Zutritt nach dort ist streng fernzuhalten. Deutscher Holzarbeiterverband.

Zentralverband der Schuhmacher. Die erwerbslosen Mitglieder des Verbandes, die keine Weihnachtunterstützung erhalten haben, können sich am 4., 5. oder 6. Januar 1928 in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Bureau, Engelstr. 24, eine Sonderunterstützung auszahlen lassen, sofern sie 52 Beiträge entrichtet haben, nicht länger als vier Wochen im Rückstande sind, am 31. Dezember mindestens 10 Wochen ununterbrochen erwerbslos sind oder im Jahre 1927 insgesamt 26 Wochen erwerbslos waren und zurzeit erwerbslos sind. Eine Unterstützung erhalten ferner alle von den Beiträgen befreite Mitglieder. Mitgliedsbuch und Stempelfarte dient als Ausweis.

Freie Gewerkschaftsjugend Genf-Berlin. Heute folgende Veranstaltungen: Nord- und Westseite: Kreis-Jahresbericht: „Dem neuen Jahr entgegen nach Klein-Arcis.“ — Ostseite: Um 18 Uhr Kreis-Silvesterfeier im Jugendheim Oberstr. 12, anschließend Fahrt nach Grünau, Radfahrer Sonntag 8 Uhr Schlesischer Bahnhof.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: H. Schlarb; Kunstleben: A. H. Wöhrer; Volkes- und Soldaten: Fritz Karchadt; Anzeigen: H. Stöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68. Lindendreehe 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“



in allen Stadtteilen

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee
 Belle-Alliancestr. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm
 Wilmersdorfer Str. • Andreasstr. • Chausseestr.

Am Montag, den 2. Januar, beginnt

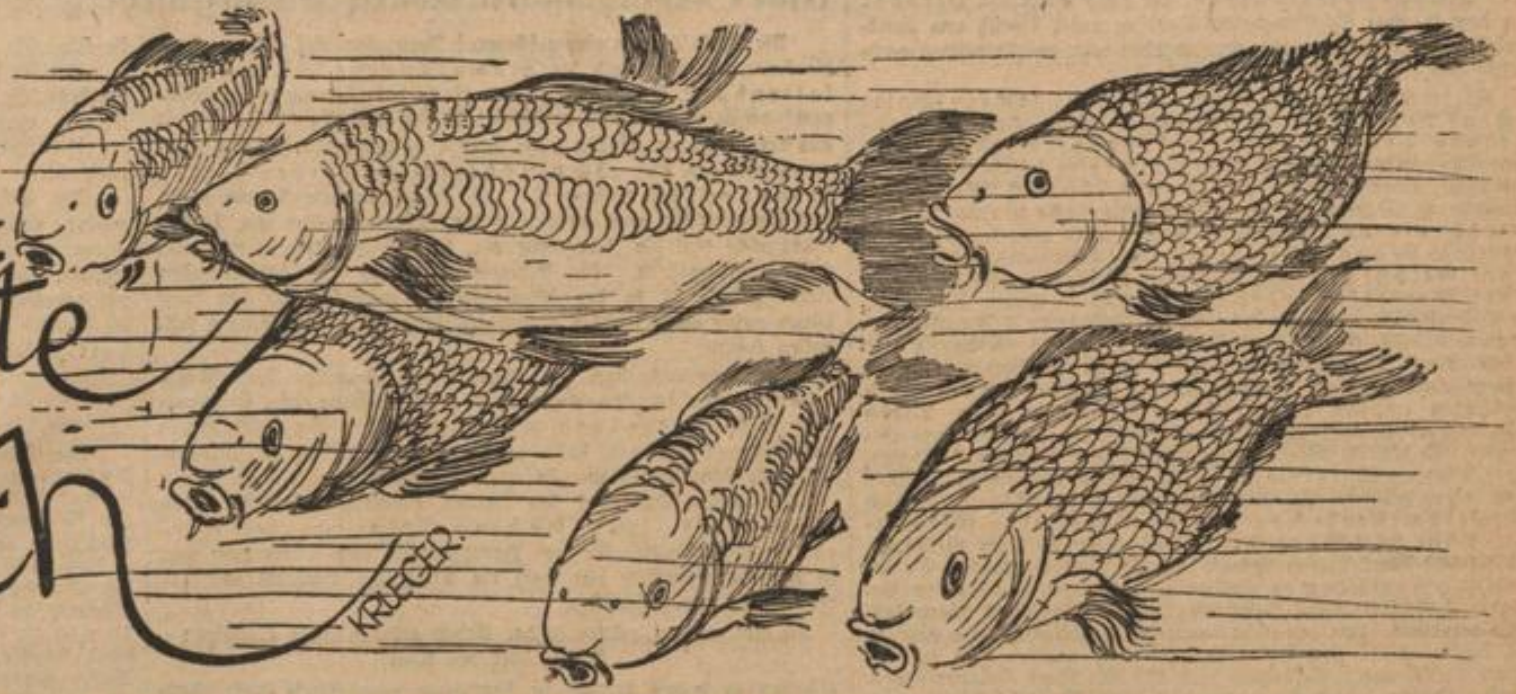
unser Inventur-

in fast allen Abteilungen

Preise zum Teil bis zur Hälfte herabgesetzt!

HERMANN TIETZ

Der glückhafte Fisch



Wem gibt auch der aufgestärkte Mensch dem Aberglauben nach, wenn dabei der Rißel des Gaumens in Frage kommt — so ist der Karpfen ein begehrtes Gericht für Weihnachten und Neujahr: wer getrocknete Schuppen in sein Portemonnaie tut, wird das ganze Jahr im Beutel haben. Konfessionell als Silvesterkarpfen gilt er die Tafel der Familien, denen es auf ein paar Mark mehr oder weniger für das letzte Mahl des Jahres nicht ankommt. Ein unschuldiger Aberglaube — dieses Schuppenmännlein, auch insofern unschuldig, als die „schlächtereien“ Karpfen ja doch ihr Leben lassen müssen. Den feinsten Geschmack hat der Karpfen von Oktober bis April, so daß also am Jahresende eine günstige Zeit fürs Verspeisen ist. Die Schuppenlegende ist die moderne Uebertragung der antiken Auffassung: als Sinnbild der Fruchtbarkeit (manchmal beträgt die Zahl der Eier 600 000) war der Karpfen der Venus geheiligt. Bei den Römern hieß er Cyprinus nach dem Sitz der in Jopyern thronenden Göttin.

Der verbreitetste Fisch.

Die Familie der Karpfen umfaßt einen sehr großen Teil aller Süßwasserfische — an 800 Arten dieser länglich-eirunden Wasserbewohner sind bekannt. Die Vermischung der Arten und damit die Bildung neuer wird durch die große Fruchtbarkeit begünstigt. Die Verbreitung erstreckt sich auf Europa, Asien und Nordamerika: schon in der Urzeit war der Karpfen vorhanden, wie die Fischknochenreste beweisen. Die Eiszeit hatte ihn nach Süden gedrängt, und erst mit der fortjähreitenden Kultur wurde der Speisefisch wieder bei uns heimisch, namentlich durch die Bemühungen der Mönche, die für ihre Klosterküchen den leckeren Karpfen züchteten. Um 1400 ist er bei den Deutschordensrittern nachweisbar, 1498 in England, 1560 in Dänemark, 1729 in Petersburg. Nordamerika kennt die bei uns gebräuchliche Art seit 1877, Japan seit 1904.

Die Zucht des Karpfens.

Der Karpfen ist derjenige Fisch, der sich am besten für die Zucht in Teichen eignet. Er liebt stehendes Wasser mit sandigem oder schlammigem Untergrund, in dem seine Nahrung, Würmer, Insektenlarven, aber auch vermoderte Pflanzenteile, sich reichlich vorfindet. Wichtig ist eine gute Befahrung: kaltes Wasser ist dem Karpfen nicht sympathisch. Daher hält er sich auch nicht in Gebirgsflüssen auf, während ihm ein langsam fließender Strom nachzulagt. Aber sein eigentliches Gebiet ist doch der Teich, dem-

nach ist der Erfolg der Zucht daran geknüpft, daß Teiche mit gut bemessenem Lehmaboden zur Verfügung stehen müssen, da sonst der Karpfen einen „müden“ Geschmack bekommt. In Mitteleuropa sind von alters her die Karpenteiche Böhmens berühmt, die schon im 16. Jahrhundert in Blüte standen, dann aber durch den Dreißigjährigen Krieg sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Neuzeit haben sie ihre hervorragende Stellung wieder erlangt: das Zentrum der böhmischen Teichwirtschaft befindet sich in Frauenberg an der Moldau, wo auf einer Fläche von etwa 60 000 Morgen sich zirka 300 Fischteiche befinden. In Deutschland sind es die Teiche in Schlesien, Niederschlesien, Schleswig und Mecklenburg, die den Anforderungen am besten entsprechen. Bei der Zucht ist auf Bereitstellung einer guten Rasse sowie auf genügende Ernährung Gewicht zu legen. Zum Laichen legt man ausgefuchte Tiere in den „Streckteich“, wobei ein bis zwei Milchner auf einen Rogener gerechnet werden. Fünf bis zehn Tage nach Ausschlüpfen wird die Brut in den „Vorstreckteich“ geleitet, dessen Wasser durch rechtzeitiges Einlassen angewärmt ist. Von dort geht es nach 1 bis 1½ Monaten in den zweiten Vorstreckteich, dann folgt im zweiten Sommer der Aufenthalt im eigentlichen Streckteich und im dritten Jahr im Abwachteich, von dem aus der Verkauf beginnt. Wichtig ist, daß keine anderen Fische sich in den Teichen vorfinden, auch keine Fische, damit die Brut nicht gestört und vernichtet wird. Auch die Rachhilfe durch Fütterung mit Lupinen, Fleisch und Blutmehl muß sorgsam dosiert werden: als Durchschnittsgewicht nimmt man im dritten Jahr zwei Pfund an. Die Farbe der Karpfen variiert bekanntlich von gelbbraun bis blaugrün — als Spiegelfarpfen bezeichnet man die Tiere, die nur wenige, aber unverhältnismäßig große Schuppen besitzen. Doch haben diese Spiegelfarpfen an den Seiten meist noch eine Reihe von kleinen Schuppen, so daß für das Portemonnaie doch die nötigen Glücksschuppen vorhanden sind.

Für eine Großstadt wie Berlin oder Wien ist zu Weihnachten und Neujahr auf einen nach Tausenden von Zentnern zu beziffernden Umsatz zu rechnen. Was etwa 10 000 Zentner Silvesterkarpfen bedeuten, wird einem klar, wenn man erfährt, daß die Frauenberger Ausbeute sich auf 20 000 Zentner beläuft. Natürlich kann eine solche Belieferung nicht in wenigen Tagen erfolgen, und der Umstand, daß der Karpfen ein recht zäher Fisch ist, gestattet seine frühe Zuführung — womöglich in Spezialwagen mit Sauerstoff- und Wasserzufuhr — und Einlagerung

in die vorhandenen Fischkistenanlagen der Fischereiwagen. Kommt der Karpfen nur gesund in den Behälter, so schadet ihm die lange Fahrtdauer und Einlagerung nicht. Billig ist bekanntlich der Karpfen zu keiner Jahreszeit — am Jahresende schmilzt jedoch immer der Preis an (etwa auf 1,50 M. pro Pfund), so daß die arbeitende Bevölkerung sich wohl nur in seltenen Fällen an dem Verspeisen dieses „Luxusfisches“ beteiligen kann.

Bandenunwesen am Friedrichshain.

Genosse Buschid niedergeschlagen und beraubt.

Wiederholt wurde im „Vorwärts“ über die Unsicherheit im Friedrichshain, dem Derado lichterener Elemente, berichtet. Mit welcher Dreistigkeit die Begelegerer trotz des energischen Vorgehens der Polizei noch immer sich bewegen, beweist ein neuer Fall, der sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ereignete.

Unter Genosse Adolf Buschid befand sich auf dem Heimweg und passierte gerade die Landsberger Allee, gegenüber der Schultheiß-Poppenhofer-Brauerei. Drei Burschen, die einen ganz harmlosen Eindruck machten, fielen plötzlich über ihn her und verletzten ihn mit einem harten Gegenstand mehrere muntere Schläge über den Kopf. Der Heberiallene stürzte zu Boden und die Raubdiebe machten sich über den Wehrlosen her. Während einer der Räuber auf den halb Bewußtlosen kniete, drückte ihm ein anderer die Augen ein. Der dritte rief seinem Opfer die Weste auf und raubte ihm die Uhr sowie das Portemonnaie mit einem kleinen Gelddbetrag. Als Buschid wieder zu sich kam, rief er laut um Hilfe. Jetzt ergriffen die Burschen die Flucht und fielen mit dem Ruf: „So, jetzt haben wir den Revolver, jetzt kannst du nicht mehr schreien“, in Richtung des Friedrichshaines davon und entkamen in der Dunkelheit. Mehrere Angestellte der Schultheiß-Brauerei, die dem Raubüberfall aus einiger Entfernung zugehört hatten, glaubten, daß es sich um eine Prügelei handle. Wie sie später ausfragten, seien sie, als ihnen der wahre Sachverhalt klar wurde, durch den Trieb der Räuber, die sich unter dem obengenannten Ruf entfernten, in ihrem Glauben darin noch bekräftigt worden. — Leider kann Genosse B. keine genaue Beschreibung der Täter geben. Die Polizei hat die Ermittlungen sofort aufgenommen. Es ist wünschenswert, daß dem Unwesen mit aller Energie entgegengetreten wird. Wir hoffen, daß dem Genossen Buschid keine ernstlichen Folgen aus diesem tief bedauerlichen Zwischenfall entstehen.

Zement.

Roman von Jjodor Gladkow.

Er stieg von einem Zimmer ins andere, mit blutrotem Gesicht, suchte irgend jemand, sah niemand, schmiss die Stühle um, warf die Papiere von den Tischen, stieß die Menschen, die ihm in den Weg liefen. Die puppenhaft-zarten Stenotypistinnen krümmten sich erschrocken auf ihren Stühlen und verdeckten ihre Frisuren hinter den Maschinen.

Und die Menschen standen und saßen erstarrt und überrascht, stumm vor Schrecken, schauten in panischer Angst einander an und legten ihre Hände oder ihre Arme an den Mund, wenn er fortlief.

Als sein lauter Wutanfall sich ein wenig gelegt hatte, warf Glib seinen Mantel und Rucksack in eines der Zimmer und stürmte in das Bureau des Direktors. Mit ebenso befohlenem Staunen, aber streng und ruhig empfing ihn der Direktorstellvertreter Müller, mit seinen silbernen Borsten auf dem Schädel, mit dem silbernen, kurzgeschorenen Schnurrbart und dem goldenen Zwicker. Er stand auf, blühte mit seinen goldenen Zähnen und streckte ihm die Hand über den Tisch entgegen.

„Warum machen Sie so einen Lärm, Genosse Tschumalow? Sie schimpfen so laut, daß die Fenster Scheiben zerplatzen.“

Glib setzte sich nicht, bemerkte nicht die ausgestreckte Hand. Er stellte sich neben Müller und wandte ihm sein abgemagertes, sonnenverbranntes Gesicht zu.

„Wer hat angeordnet, daß die Arbeit im Werk einzustellen ist?“

Müller blühte wieder mit den Zähnen und machte eine Handbewegung, die demütige Kraftlosigkeit markieren sollte.

„Stellen Sie sich nicht dumm, sondern sagen Sie geradeheraus: welches Vieh hat die Arbeit, die in vollem Gange war, untergraben?“

Müller zuckte mit dem Kopf, blühte mit den Gläsern seines Zwickers, und sein Gesicht wurde alt, well und rostig.

„Vor allem möchte ich Sie bitten, Genosse Tschumalow, in Ihren Ausdrücken vorsichtiger zu sein. Die Fabrikleitung hat damit nichts zu tun. Wir haben die Arbeit eingestellt, weil der Volkswirtschaftsrat wegen Mangel an notwendigen Mitteln es für unmöglich hielt, die Reparaturen ohne Sanktionen der höheren Wirtschaftsorgane fortzusetzen.“

„Geben Sie mir die Beschlüsse des Volkswirtschaftsrates. Habt ihr Schweinehunde euch mit dem Volkswirtschaftsrat verständigt: habt geglaubt, daß es euch gelingen wird, hinter meinem Rücken das Spiel an euch zu reizen? Habt geglaubt, daß das Industriebureau mich kaltstellen wird und daß ihr Erfolg haben werdet? Treibt diesen Spaß nur weiter, ihr Tauben: es wird mir schon gelingen, euch alle unter ein Netz zu bringen.“

„Woher nehmen Sie das Recht, welches sind die Gründe, Genosse Tschumalow, daß Sie mit so schweren Anschuldigungen kommen? Ich protestiere in kategorischer Weise. Sie sagen unbedachte, verletzende Sachen. Wir sind keine kleinen Kinder: wir dürfen die Grenzen der Instruktionen und Vorschriften, die von oben kommen, nicht überschreiten. Wir sind hier sogar von all diesen Sachen ganz ausgeschaltet worden: alle Magazine sind vom Volkswirtschaftsrat versiegelt, alle Dokumente vom Vertreter des Volkswirtschaftsrates herausgeholt worden. . . . Seien Sie so liebenswürdig und machen Sie Ihren Skandal nicht uns, sondern dem Volkswirtschaftsrat.“

Glib drehte sich zu Müller um und schlug mit der Faust auf den Tisch: „Bitte, schwächen Sie mir da keinen Unsinn vor. Ich kenne alle Ihre Machinationen ausgezeichnet. Ich werde das nicht so belassen — wegen Ihrer schönen Augen. Ihr habt wohl die Sache mit der Forstverwaltung vergessen, Freunde? Ihr werdet es an eurer Haut spüren, wie man solche Gefindel niederknallt. Ihr habt mich für einen Narren gehalten und mir immer mit dem Industriebureau gedroht, aber ich werde euch eure Rippen und Schädel einschlagen. Morgen früh werden die Arbeiter die Arbeit beginnen. Die Renovierung muß in zwei Monaten fertig sein, und zum Herbst wird das Werk vollständig in Betrieb gesetzt. Haben Sie mich verstanden?“

Müller zuckte mit den Schultern, lächelte verlegen, wollte etwas sagen, verfluchte sich aber durch die plötzliche Trockenheit in seinem Halse.

Auf dem Blase vor der Fabrikleitung drängten sich Arbeiter in kleinen Haufen, in müßiggängerischer Langeweile, saßen im Schatten auf der Erde, vor der Wand, kamen und gingen. Rauchten, schrien durcheinander und lachten laut. Gromaba stand auf der höchsten Stufe der Treppe, in der offenen Tür des Bureaus, fuchtelte mit seiner knochigen Faust und krümmte sich vor schwindelhafter Erregung.

„Das ist nur vorübergehend, Genossen, aber als Arbeiterklasse müssen wir voller Bewußtsein dieser Sache gegenüber . . . und so und weiter. . . . Wir werden in geschlossenen

Reihen durch die Zellen und Versammlungen eine Resolution beschließen, und da der Gewerkschaftsrat eine uns nahestehende Organisation ist — so werden wir auf diese Weise unsere Interessen verteidigen können und werden die Sache dem Revolutionstribunal übergeben. . . . und all dies Gefindel und allen Unrat an die Wand nageln.“

Die Menschenmasse erdröhnte unter Schreien, Lachen und Beifallsstößen.

Und nur Sawitschuk, in einem zeretzten Hemd, schob sich durch die Massen, schlug mit den Armen um sich und drüffte: „Niederhauen muß man sie, diese Ungeheuer! . . . Ins Meer mit ihnen, mit diesen Hunden! . . . Worauf wartet ihr, ihr Gefindel, warum seid ihr so flau? . . . Das hasse ich!“

Glib stieg die Treppe hinunter und ertrank sogleich in der Masse der staubigen, verschwitzten Gesichter, in den Schreien der Unordnung, den schweißlebrigen Händen.

„Ha, da ist er, das Ungeheuer! . . . Ach, du Hund, du! . . . Jetzt wird alles in Ordnung kommen, er wird es in Ordnung bringen, der Krieger! . . . Alle wird er sie an die Wand stellen. . . . Ha, der Teufel hat dich uns in einer bösen Stunde weggetragen.“

Und zwischen diesen freudigen Rufen ertönten auch andere, düstere und strenge: „Wie ist das also, Genosse Tschumalow, was bedeutet das. . . . Wenn wir so arbeiten werden — dann ist es schon besser, gleich in die Hölle zu fahren. . . . Sind das Späße? . . . Wir wissen, wessen Streiche das sind. . . . Diese alten Hauskinder träumen nur vom Jarenregime. Erwarten die Hausherren die Befrier. . . . diese verdammten. . . . Alle muß man sie vor die Flinten nehmen. . . . Gutes ist von ihnen nicht zu erwarten.“

Schweißgeruch und Tabakqualm strömte ihm entgegen, und der Atem in diesem Gedränge war schwer und heiß. Glib stieß mit den Schultern die dichten Massen nach rechts und links auseinander.

„Genossen, die Arbeit ist in vollem Gange. Morgen hat jeder nach dem ersten Strenensignal an seinem Blase zu sein. Diesen ganzen Machinationen der Svezzen werde ich bald ein Ende machen und sie selber an die Wand drücken. Ich jahre jetzt in den Volkswirtschaftsrat. Wir werden erbarmungslose Bestrafung der Gegenrevolution verlangen, Genossen. Im Industriebureau habe ich alle Anweisungen bekommen, habe Heizmaterial mitgebracht. Wir werden heute nach den Benzinleitungen schicken. Und vor allem werden wir die Granulier- und Bohrmaschinen laufen lassen. (Fortsetzung folgt.)

Urteil im großen Spritschiebungsprozeß

Nahzu 13 Millionen Mark Geldstrafen.

In dem großen Spritschiebungsprozeß gegen den Simke- und Stahn-Spritschleppern, der seit dem 12. Oktober vor dem Großen Schöffengericht Wedding unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Krüger verhandelt worden war, wurde gestern nachmittag das Urteil gefällt.

Es wurden verurteilt wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Betruges und fortgesetzter absichtlicher Hinterziehung von Brantweinmonopolabgaben, sowie wegen Beamtenehebrechens Robert Simke zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis; Leopold Simke zu 1 Jahr Gefängnis, 2 500 000 Mark Geldstrafe bzw. 125 Tagen Gefängnis und 900 000 Mark Geldstrafe oder weiteren 45 Tagen Gefängnis; der Geschäftsführer Hamacher wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis, 240 000 Mark Geldstrafe oder 24 Tagen Gefängnis und 73 800 Mark Geldstrafe oder 7 Tage Gefängnis. Wegen postiver Beihilfe und Beihilfe zu dem Vergehen bei den Spritschiebungen erhielten Oberzolinspektor a. D. v. Tilly 6 Monate Gefängnis, 400 000 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis und 125 000 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. Der Zollbeamte Wittowski erhielt unter Einbeziehung der schon in mehreren früheren Spritschiebungen gegen ihn erkannten Strafen eine Gesamtsstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, 1 600 000 Mark Geldstrafe oder 80 Tage Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe oder 25 Tage Gefängnis. Sechs weitere Zollbeamte wurden zu insgesamt 37 Monaten Gefängnis, 2 051 000 Mark Geldstrafe und 600 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Von den nicht beamteten Angeklagten, zum größten Teil kaufmännische Angestellte der Konzerne wurden fünf zu insgesamt 11 Monaten Gefängnis und 225 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Davon erhielt einer allein 215 000 Mark Geldstrafe und 68 400 Mark Geldstrafe. Den verurteilten Beamten wurde die Fähigkeit zur Beförderung öffentlicher Ämter auf zwei bzw. drei Jahre aberkannt. Für die erkannten Geldstrafen wurden die verurteilten Beamten einerseits, und die übrigen Angeklagten andererseits als Gesamtschuldner haftbar gemacht. — Bei den, mit diesem Urteil zur Sühne gekannten Spritschiebungen handelt es sich um einen erheblichen Teil der Diebsturgen.

Der große Spritschieber-Prozeß selbst wird sich nochmals im neuen Jahre in der Berufungsinstanz vor der großen Strafkammer des Landgerichts I abrollen, sein Beginn ist auf den 11. Januar festgesetzt.

Stadtbahnflückerer.

Zuchthausstrafen für überführte Verbrecher.

Mit begrüßenswerter Schärfe gehen die Moabiter Gerichte jetzt gegen die Junst der Stadtbahnflückerer vor. Gestern hatte sich vor dem Großen Schöffengericht ein im Zuchthaus ergrauter Veteran dieses gemeingefährlichen Gewerbes, der Schlichter Hermann Gerack, wegen einer Reihe von Fällen zu verantworten, in denen er zum Teil mit Erfolg, zum Teil vergeblich versucht hatte, schlafende Reisende in Stadtbahnzügen auszuspündern.

Er war von den Beamten des Ueberwachungsdienstes der Reichsbahn beobachtet worden, als er von einem Zug in den anderen stieg und sich in später Stunde gerade die Abteile aussuchte, in denen ermüdete Fahrgäste, meist Arbeiter, schliefen. Der Ueberwachungsbeamte R. folgte ihm stundenlang auf seinem Kreuzfahrten auf der Stadtbahn. In einem Abteil sah er beispielsweise an einem Tage des Wochenendes zwei Arbeiter in den Ecken, die eingeschlafen waren. Der Flückerer setzte sich zunächst neben einen der Einschlafenden, in dessen Tasche er wohl den Wochenlohn vermutete. Der Beamte konnte genau von dem Nebenabteil aus beobachten, daß der unheimliche Fahrgast unter der auf seinem Schoß ausgebreiteten Zeitung in den Taschen seines Nachbarn herumwühlte. Er fand aber nichts und beugte sich dann zu dem ihm gegenüberliegenden schlafenden Arbeiter hinüber, dem er die Brieftasche herauszog. Auf der nächsten Station wollte Gerack verschwinden, wurde aber festgenommen. Bisher schon war er bei ähnlichen Manipulationen beobachtet worden. Trotzdem der alte Gauner alles leugnete, wurde er für überführt erachtet und zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust verurteilt und wegen seiner Gemeingefährlichkeit dauernd unter Polizeiaufsicht gestellt. — Vor wenigen Tagen hatte sich das Große Schöffengericht mit einer ganzen Bande von Stadtbahnflückerern zu befassen, die in der gleichen Weise vorgegangen war. Zwei von ihnen, Max Günther und Paul Kurawski, die schon beide vielfach vorherbestraft sind, der ein zumal, waren die Anführer der Bande. Auch sie gehörten seit langem der Junst der Stadtbahnflückerer an, während die Mitangeklagten Nikolaus Becker und Johann Madraffi sich in früheren Zeiten auf anderen Gebieten betätigt, sich aber seit Jahren straffrei gehalten hatten. Die Bande hatte u. a. einem Bierfahrer, der im Stadtbahnabteil schlief, eine Brieftasche mit 350 Mark geraubt. Als sie dabei waren, den Raub zu teilen, wurden sie abgefaßt. Das Schöffengericht verurteilte Günther und Kurawski zu je 2 1/2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Becker und Madraffi kamen mit 9 und 6 Monaten Gefängnis davon.

Zur Steglitzer Schülertraödie.

Wie erinnerlich, erschloß am Morgen des 28. Juni der Primaner Günther Scheller in der Wohnung seiner Eltern in Steglitz den Kochknecht Hans Stephan und löste sich darauf selbst. Während sich dieses Drama abspielte, waren in der Wohnung außerdem die Schwester Schellers, deren Freundin Ellinor K. und der zurzeit in Untersuchungshaft befindliche Oberprimar Paul Kranz anwesend. Die beiden Freunde, Günther Scheller und Paul Kranz, hatten beobachtet, daß Stephan die Nacht bei der Schwester Schellers zugebracht hatte. Während bei Günther als Motiv der nachfolgenden Tat die verfehlte Kamillenscheure in Frage kam, war bei Kranz, der sich mit Günther Scheller im Laufe der durchgehenden Nacht verabredet hatte, das Paar und dann sich selbst umzubringen, Eifersucht der Beweggrund. Er hat dann bei der Tat seinen Freundes Günther dabei gestanden und sie, wie die auf Waid laufende Antenne annimmt, unterstützt. Die Unteruchung gegen Paul Kranz hat jetzt eine neue Wendung genommen. Ueberraschender Weise hat die Staatsanwaltschaft die Anklage ausgedehnt auf das Vergehen des neuen Paragraphen 49b des Strafgesetzbuches, weil Kranz mit dem verstorbenen Günther Scheller den Raub an dessen Schwester Hilfe verschafft habe. Dagegen hat der Rechtsanwalt Dr. Frey Einspruch erhoben mit der Begründung, daß diese Vorwürfe, namentlich die Verabredung der Tat, zu erklären seien aus dem Raubzustand, in dem sich die beiden Freunde befunden hätten, und aus dem Subvertäterscheit Krauzs, wie sie gerade die dem Kindesalter noch nicht entwachsenen jungen Leute zelpen, so daß ihre Worte nicht immer ernst genommen werden können.

Ein Chauffeur mit Gemüt.

Der Zimmermann Paul Werchau aus der Reuterstr. 32 zu Brk wurde am zweiten Feiertag gegen 20 Uhr an der Ecke der Tezerow- und Hanne-Riß-Strasse von einem Kraftwagen überfahren. Von dem ihm neben seinem Fahrrad in den letzten Tagen liegend. Unter dem dringenden Verdacht, den Tod des Mannes verschuldet zu haben, ist jetzt der Führer einer Kraftdroschke festgenommen worden. Er freitete vor, wird aber von seinen Führermeister Kramer befaßt. Diese führten an der bezeichneten Ecke einen heillosen Rud, als ob der Wagen über einen harten Gegenstand hinweggefahren wäre. Der Chauffeur

Geheimnisvoller Ueberfall.

Eine Stenotypistin in Charlottenburg niedergeschlagen / Das Bureau in Flammen

Die Nachricht von einem schweren Verbrechen rief gestern Abend die Kriminalpolizei nach der Bismarckstraße 109 in Charlottenburg. Gegen 18 Uhr kam die in dem Bureau der Schreibmaschinenfirma Mercedes angestellte 18jährige Helene Homann aus der Göhrener Straße 1 die Treppe heruntergelaufen und alarmierte mit dem Ruf: „Ich bin überfallen worden — oben brennt“, den Hauswart. Das Ueberfallkommando wurde sofort benachrichtigt und erschien einige Minuten später am Tatort. Gleichzeitig trat die Feuerwehr ein, die auf den Alarm mit zwei Löschzügen anrückte. Die Ueberfallene wurde zur nahegelegenen Rettungstabelle 32 in der Bismarckstraße geschafft, wo der Arzt jedoch außer einer leichten Rauchvergiftung keine Verletzungen feststellen konnte.

Die Kriminalpolizei im Verein mit Beamten der Wobinspektion und des Raubbezirkes unter Leitung des Kriminalkommissars Werneburg nahmen am Tatort die notwendigen Ermittlungen auf, um Licht in die festsame Affäre zu bringen. Folgende Einzelheiten werden noch mitgeteilt:

Im ersten Stockwerk des Hauses Bismarckstraße 109 haben die Schreib- und Rechenmaschinewerke Mercedes ihre Räume. In dem Buchhaltungs- und Kassenraum war in den Abendstunden nur noch die Angestellte Homann mit Abrechnungen usw. beschäftigt.

Sie gibt aus an, mitten in der Arbeit plötzlich einen wuchtigen Schlag über den Kopf

erhalten zu haben, so daß sie bewußlos vom Stuhl sank. Nach einiger Zeit sei sie wieder zum Bewußtsein gekommen. Das Zimmer sei völlig mit Rauch angefüllt gewesen, und es sei ihr noch gelungen, das Freie zu gewinnen. Auf andere Einzelheiten kann

sie sich nicht bestimmen. Soweit die Aussagen des Mädchens. Als die Feuerwehr eintraf, brannte der Raum in seiner ganzen Ausdehnung lichterloh. Es mußte eine Schlauchleitung angelegt werden, um das Feuer niederzulämpfen. Zum Glück gelang es, ein Uebergreifen der Flammen auf die angrenzenden Räume zu verhindern.

Die Ueberfallene hatte sich auf der Rettungstabelle sehr bald wieder erholt. Ihre nochmalige Vernehmung ergab aber keine neuen Anhaltspunkte. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob überhaupt etwas geraubt worden ist, da das Feuer mit ziemlicher Heftigkeit gewüet hatte. Bei Redaktionschluss ist die Polizei weiter bemüht, die sehr mysteriöse Angelegenheit zu klären.

Feuer bei der Mitropa.

Die Feuerwehr wurde gestern gegen 18 Uhr nach dem Anhalter Personen-Bahnhof alarmiert, wo in einem Lagergebäude der „Mitropa“ Feuer ausgebrochen war. Die Feuerwehr rückte unter Leitung des Baurates Froth mit drei Löschzügen an. Beim Eintreffen der Wehren hatte das Feuer, das in dem Wäschelager entstanden war, bereits auf die angrenzenden Räume übergegriffen. Die Löschaktion gestaltete sich sehr schwierig, da die Zugänge zu dem Gebäude völlig verquodmt waren. Da auch für die darüber liegenden Räumlichkeiten große Gefahr bestand, mußte aus mehreren Schlauchleitungen größten Kalibers Wasser gegeben werden. Erst nach einständiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Die Wäsche- und Aufräumarbeiten dauerten mehrere Stunden. Noch um 23 Uhr waren zwei Löschzüge an der Brandstätte beschäftigt. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehungsurache konnte bisher noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Brandkatastrophe in Hoboken.

Ein Dampfer bis auf die Wasserlinie heruntergebrannt.

New York, 30. Dezember.

Eine weithin sichtbare Feuerbrunst in Hoboken verwardelte zwei Straßengevierte am Ufer des Hudson in ein Flammenmeer und zerstörte zwei 700 Fuß lange Piers, sowie den am Pier liegenden Dampfer „Seneca“ der Clyde-Linie und acht Schuten. Der Sachschaden beträgt über 2 1/2 Millionen Dollar. Sämtliche Feuerlöschboote der gegenüberliegenden Stadt New York waren zur Brandbekämpfung ausboten, mehrere andere Schiffe, darunter der für den Verkehr auf dem Hudson bestimmte Pracht-Dampfer „Henrik Hudson“ wurden von den brennenden Piers nach der Fühmitte geschleppt. Der Bug des „Henrik Hudson“ hatte bereits Feuer gefangen, doch konnten die Flammen bald gelöscht werden. Das Feuer entzünd, wie gemeldet wird, durch eine Gasleitungspllosion auf dem Pier der Fletcher Drydock Company und breitete sich dann mit großer Schnelligkeit auf dem danebenliegenden Pier der Badawanna-Eisenbahn aus. Der vernichtete Dampfer „Seneca“, der ungefähr 280 Passagiere faßt, ist bis auf die Wasserlinie heruntergebrannt. Er wird ungefähr mit einer Million Dollar bewertet.

New York, 30. Dezember.

Der bereits gemeldete Brand im Hafengebiet von Hoboken verursachte große Aufregung und löste Laufende von Zuschauern aus. Der Verkehr auf dem Fluß, insbesondere der Fahrbetrieb, wurde stark beeinträchtigt. Die Feuerbrunst konnte gegen Mitternacht nach vierständiger Bekämpfung durch die gesamte Feuerwehr von Hoboken, die außer von den Feuerlöschbooten der Stadt New York noch durch ein Dutzend den Eisenbahngesellschaften gehörende Feuerlöschboote unterstützt wurde, auf seinen Herd beschränkt werden. Verletzt wurde niemand.

Die Elbdeiche in Gefahr!

Drohende Deichbruchkatastrophe an der Oberelbe?

Hamburg, 30. Dezember.

Von der Oberelbe werden beim Kilometerstein 483 meterhohe Eisschraungen gemeldet. Besonders in der Nähe der Dömlinger Elbbrücke ist die Sicherheit der Deiche gefährdet. 22 Frachtkähne und fünf Dampfer, die im Hafen von Leuzen vor Anker gegangen waren, befinden sich in erster Bedrängnis. Da die Eisbrecher gegenüber den gewaltig aufgetürmten Eismassen machtlos sind, werden Eissprengungen vorgenommen werden müssen. Bei Leuzen sieht man mit Bangen den nächsten Tagen entgegen, da ähnliche Deichbruchkatastrophen, wie sie sich im Jahre 1888 ereignet haben, befürchtet werden.

Das Battenmeer fast völlig vereist.

Hulum, 30. Dezember.

Die Eisverhältnisse an der schleswig-holsteinischen und wäändischen Westküste sind nach wie vor schwierig. Das Battenmeer ist jetzt fast völlig vereist. Nur nach Föhr und Arum ist Schiffsverkehr noch möglich, während Salt durch den Hindenburgdamm aller Schwierigkeiten enthaben ist. Zwischen der dänischen Insel Roem und dem Festland ist die Eisdecke so fest, daß sie jetzt auch von schweren Fahrzeugen befahren werden kann. Die Einrichtung einer Flugpostverbindung zwischen dem Festland und der Insel von Esbjerg vom Verkehe abgetrennten Insel Bellworm steht unmittelbar bevor. Voraussichtlich wird schon heute Sonntag der erste Flug erfolgen. Da eine Landung auf Bellworm nicht möglich ist, wird das Flugzeug, das von Hensburg aus aufsteigt, die Postsendungen mit Fallschirmen über der Insel Bellworm abwerfen. Es sind zwei Flüge am Tage geplant. Der von England gekommene Kohlendampfer „Sifela Schröder“ liegt noch immer vor Hulum in Eis fest. Die 14tönige Besatzung befindet sich noch an Bord. Vom Land aus ist das Schiff über das Eis zu erreichen, weshalb kein Mangel an Lebensmitteln vorhanden ist.

24 Fischer im Treibeis umgekommen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben amtlichen Berichten des Verkehrsministeriums zufolge am 29. Dezember im Gebiet von Murmansk Schneestürme und starker Frost eingetieft. An der Murmansküste sind 24 Fischer im Treibeis umgekommen. Nur der allernotwendigste Eisenbahnverkehr kann noch aufrechterhalten werden. In Tamara konnte der sibirische Expresszug wegen des Unwetters nicht weiterfahren.

Artistenlos. Während einer Vorstellung in einem Kino von Wellington in North Hampshire (England) führte ein Trapezünstler den Todesprung so unglücklich aus, daß er in den Zuschauerraum stürzte, und tot liegen blieb. Eine Frau, auf die er stürzte, erlitt einen Schenkelbruch, 23 Frauen wurden ohnmächtig. Die Vorstellung wurde jedoch fortgesetzt.

stoppte auch, stieg ab, kam aber gleich wieder heran und fuhr weiter, ohne den Fahrgästen mitzuteilen, was geschehen war. Auch später war sein Verhalten so eigenartig, daß sie sich veranlaßt sahen, sich die Nummer des Wagens zu notieren. Zur weiteren Klärung wäre es nun sehr erwünscht, daß ein Augenzeuge sich im Zimmer 62 der Kriminalinspektion Neustädt in der Kaiser-Friedrich-Strasse meldete. Es ist ein noch unbefannter Mann, der dem Unglückswagen nachließ und ausrief: „Halte! Das Auto! Es hat eben einen Mann überfahren!“

Anfall des Wien-Berliner D-Zuges.

14 Personen leicht verletzt.

Brünn, 30. Dezember.

Der Schnellzug 63 (Wien—Bundenburg—Brünn—Prag—Berlin) ist heute um 2.57 Uhr auf der Fahrt zwischen den Stationen Obergerpitz und Brünn (Oberer Bahnhof) in einen rangierenden Zug gefahren, wobei zwei Waggons des letzteren und die Lokomotive des Schnellzuges beschädigt wurden. Einige Reisende und zwei Eisenbahnangestellte erlitten leichte Verletzungen. Der Schnellzug erlitt infolge des Unfalles eine Verspätung von zwei Stunden. Die Ursache des Zusammenstoßes wird von einer amtlichen Kommission untersucht.

Die Reichsbahn-Gesellschaft teilt über den Unfall des D-Zuges Wien-Berlin mit: Bei der Einfahrt in den Bahnhof Brünn (Tschekoslawakei) fuhr heute gegen 3 Uhr D 63 Wien-Berlin, der um 17.11 Uhr fahrplanmäßig in Berlin ankommen soll, auf eine Rangiergruppe auf. Die Lokomotive und einige Wagen wurden beschädigt. Entgleisungen von Fahrzeugen sind nicht vorgekommen. Durch den Anprall wurden 14 Personen, darunter zwei Eisenbahnbedienstete, leicht verletzt. Da es sich im wesentlichen um kleinere Verletzungen, wie Quetschungen und Hautabwühlungen, handelt, konnten sämtliche Reisende die Fahrt fortsetzen. D 63 traf mit 78 Minuten Verspätung in Berlin ein.

Das Letzte vom deutschen Ozeanflug.

Rückgabe der Ozeanpost an die Absender.

Als in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Junkers-Werte den Entschluß faßten, zwei ihrer Maschinen, die „Europa“ und die „Bremen“, über den Ozean nach Amerika zu schicken, wurde, wie erinnerlich sein dürfte, von der Reichspost der Versuch gemacht, mit den beiden Flugzeugen auch Post nach Amerika zu schicken. In Dessau liefen zehntausende von Sendungen ein, obwohl der Preis für die Beförderung von Briefen auf 25 Mark, für Postkarten auf 12 Mark festgelegt war. Natürlich konnte nur ein kleiner Teil der angekommenen Sendungen zur Beförderung zugelassen werden. Die „Bremen“ sollte 2000 Briefe und Karten, die „Europa“ rund 1565 Sendungen mitnehmen, die in plombierten Säcken sorgfältig verpackt auf den Start der Ozeanmaschinen harrten. Bekanntlich mußte die „Europa“ dann in Bremen notlanden, während die „Bremen“ 200 Meilen hinter der irischen Küste landete und wegen des Sturmes, der auf dem Atlantik tobte, nach Dessau zurückkehrte. Die Dessauer Post erhielt die beiden Säcke zurück, wartete jedoch mit der Auslieferung der nicht bestellten Sendungen noch, da inzwischen die Junkers- und die Heinkel-Werte beschlossen hatten, neue Versuche mit Wasserflugmaschinen zu machen. Das Schicksal der beiden Expeditionen ist bekannt, beide Flugzeuge, die nach wechsellöblichen Schicksalen die Azoren erreicht hatten, wurden bei dem Versuch, nach Neufundland zu starten, von den großen Seen des Atlantik zertrümmert. Das eine Wasserflugzeug versank sogar, doch hatte die Reichspost in weiser Voraussicht zum Glück die Säcke gewählet, die wasserdicht abgepackt waren, so daß die Sendungen kaum nennenswerten Schaden erlitten haben. In diesen Tagen hat das Dessauer Hauptpostamt jedoch das Flugpostunternehmen seinerseits liquidiert und Briefe und Karten an die Empfänger zurückgeschickt. Die Sendungen tragen sowohl die offiziellen Stempel der ersten wie der zweiten Expedition und schließlich noch den lateinischen Vermerk: „Zurück, da Flug nicht durchgeführt“. Den Absendern werden übrigens die Kosten auf Wunsch zurückerstattet, doch dürften wohl die wenigsten Absender hiervon Gebrauch machen, da die Sendungen als Kuriosa für Sammler einen ziemlich hohen Liebhaberwert erlangt haben.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Die Steffiner Sänger bringen zum Jahreschluss ein gutes und vielseitiges Programm. Als Einleitung gelangte ein Polypourri: Berlin W. W. zur Aufführung, das von den Herren Erich Schröder, Hans Steger, Friedrich Wolbe, Karl Nebe und Max Steidl mit gutem Humor gesungen wurde. Alfred Fuhs gestiel in seiner Soloszene: „Hotel zur Erdbeule“; Max Steidl in einem Liebes-„Gute Lehren“. Mit stürmischer Begeisterung wurde Paul Britton, der beliebte Grotteskomiiker, empfangen. Ein ausgezeichnetes Tanzpaar bildeten Paul Schmed und Georga Rubin. Als Schulmeister fand Martin Brauer großen Beifall. Sehr gut zusammengefaßt „Lebende Weihnachtslieder“ von Engel und Girardi hatten großen Erfolg. Den Schluss bildete eine lustige Burleske in drei Bildern von Ferdinand Rensel: „Altes Wochenende“ ein lang-erlehnies Eigenheim, das durch langanhaltenden Beifall belohnt wurde.

Silvester im Hochgebirge.

Von Rudi Eins.

Halbwegs zwischen der Knorrhütte, auf dem Schneeferner, überfiel uns die Dämmerung, über fernem bloßen Gipfel aber lag der Mond auf und goß sein Silberlicht in die Berge und Täler, in den tiefverschneitten Hochgebirgswald und auf die einsamen Schneespuren, die hier oben die Stikläufer hinterlassen hatten.

Die Stikstöcke in den Händen, Schneereifen an den Füßen, stapften wir drei Norddeutschen über die verbarstete Schneedecke, die oft meterhoch über dem festen Grund liegt, auf dem im Sommer wieder die Alpenblumen blühen. Schwelgerien standen auf unseren Stirnen, obwohl es bitterkalt war. So ein Tagesmarsch — wir waren schon am frühen Morgen aufgebrochen — strengt an und hält den Körper in Wärme. Aber unsere Wärme war schon reichlich belohnt worden. Ein herrlicher Tag lag hinter uns. Was kann es schöneres geben, als die einsame Winterherrlichkeit des Gebirges? Stundenlang zu steigen. Nur dann und wann eine kurze Rast, mit den Stikstöcken vor dem Bauch gestemmt, ein Stück Brot, einen Apfel für den Durst, und dann weiter hinauf.

Wir blieben einen Augenblick stehen, um zu verschaukeln. Voran unsere Aufsätze ab und schauten sehnsüchtig zum Gipfel — dem Mündener Haus. Dort sah unser Führer, ein des Skisports kundiger Bayer. Er war vorausgeeilt, um uns einstweilen einen heißen Trunk zu bereiten. Das letzte Stück Weges wollte auch kein Ende nehmen.

Endlich, nach einer guten Stunde, waren wir oben, lösten mit steifen Fingern die Schneereifen von den Füßen und traten in die dickverschneitten Hütte, durch deren vereiste Fenster matt das Lampenlicht schimmerte. Ledermüde setzten wir uns auf den Holzhäntchen nieder. Wohligh empfanden wir die Wärme des kleinen Raumes. Der Tee, den unser Freund aus aufgetautem Schnee gebraut hatte, war ein Genuß. Der Mann gab uns den Rat, ordentlich „Botzeit zu machen“. Und wirklich — bald fühlten wir uns wieder frisch und munter, rüdten mit an den Ofen heran, um welchen schon eine Anzahl Touristen saßen, während andere, auf den Bänken ausgestreckt, schliefen. Lustig prasselten die Scheite im Ofen. Hartzgeruch mischte sich in den Labatqualm. Geschichten — erste und heitere — wurden zum Besten gegeben. Nach und nach taute auch der schweigsame Wetterwart auf, und der höchste Beamte in Deutschland (2964 Meter über dem Meer) erzählte von seinem Leben auf dieser lichten Höhe, von den Gefahren der Bergwelt, von den Opfern, welche die Besteigung der Zugspitze schon gefordert hatte.

Die Stimmung wurde immer aufgeräumter, je mehr sich der Zeiger Winternacht näherte, je mehr Brog in den Rockgeschirren dampfte. Züherplaf erklang. Lieber: halften von den Wänden. Draußen rüttelte der Wind an den Verankerungen der Hütte. Wir fühlten uns wohl und geborgen.

Es war 12 Uhr, als wir uns erhoben. Die Schneereifen an die Hüfte und hinaus. Hui — war das kalt. Die Spieluhr der Wind so umfunkt mit den Rotenipfeln. Das Thermometer an der Tür zeigte 16 Grad unter Null. Die Krogen hochgeschlagen, pilgereten wir hinauf zum Gipfelkreuz. Noch stand der Mond am Himmel. Balken schwammen in dem dunklen Blau, und Millionen Sterne funkelten in unendlichen Höhen.

Wo wir hinblickten, Schnee und Fels. Tief im Tale troch, einer feurigen Schlange gleich, ein Zug durch die Landschaft. Von Gattunich glänzten Lichter heraus. Dort wogelten sich wohl in den vornehmen Hotels die Paare im Tanz und schweigten bei Wein und Sekt.

Unter uns hatte sich die Lär des Münchener Hauses geöffnet. Ein breiter Lichtstrom quoll heraus. Die Terrasse füllte sich mit lachenden und scherzenden Touristen. Und dann — „Des Jahres letzte Stunde ertönt mit erstem Schlag...“ Klang es bestimmt durch die Nacht. Ein allseitiges „Prost Neujahr“ folgte dem Vieh. Das neue Jahr hatte begonnen — und auch wir schüttelten uns glückwünschend die Hände.

An dieser Stunde tangt der Teufel Alkohol durch Dörfer und Städte. Trunkenheitszerisse veranlassen im Vorjahr allein in Berlin über 300 Verhaftungen“, brumnte mela mit Spreemaster getaufter Freund durch seinen Wollschal.

In dieser Stunde — und wir dachten an die Menschen, die jetzt betrunken durch die Straßen wandten, an lichterfüllte Säle mit lachenden, tollenden Menschen. Aber auch an jene, die in Glendquartieren mit banger Sorge ins neue Jahr gingen. In dieser Stunde — und wir sahen in Geiste Männer, die der Erde Schätze bergen, oder jetzt mit nackten Brüsten an den glühenden Feuer der Hochöfen auf den Abstieg warteten. Frontknechte des Kapitals. Wir dachten an die große Not, und wie so manches besser sein könnte, wenn jeder Proletarier ein Klassenbewußter Kämpfer wäre.

Der Berliner mußte wohl gefühlt haben, was in uns webte. Zeile summe er eine Melodie. Wir stelen ein, und dann löste es durch den eisigen Wind:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde...“
Das schönste Neujahrslied. Keines paßt so gut zum Jahresbeginn.

Schmelzend stiegen wir wieder hinab zur Hütte. Schauten vor der Tür noch einmal hinauf zu dem Kreuz, das nun vereinfamt in den Himmel ragte, noch einmal hinunter ins Tal, in viele erstarrte Natur, die einem neuen Frühling entgegenräumte, dann gingen wir hinein. Drinnen sang und trant man noch. Wir wärmten uns nur auf, um dann im Schlafraum zu verschwinden, wo wir uns in die Decken wickelten und „Gute Nacht“ wünschten.

Nicht lange mehr hörten wir die Winde um das Haus segeln, nicht viel Zeit blieb, um an die Kämpfe zu denken, die auch das neue Jahr uns Proletariern bringen würde — bald nahm uns Morpheus in die Arme.

Predigt zum Jahreschluß.

Von Kurt Offenburg.

„Ans, zwel, deel, im Sauschreit lauft die Zeit, wir laufen mit.“ Der Anfang unserer Tage geht langsam, und wenn die Blüte unseres Lebens erreicht ist, erscheint das Dasein, als ob es ewig sein müßte. Dann aber tollt die Zeit bergab in immer rascherer, unaufhaltsamer Drehung, bis zum Ende.

Alle schönen Dinge scheinen unendlich, wenn sie vor uns liegen: wie lange scheinen die ersehnten Tage der Ferien sich zu dehnen;

wie unverbrauchbar dünkt das Monatsgehalt, wenn wir es erhoffen; wie rasch verdampfen die Bogen des Glitterglücks, in denen Tage und Nächte zuerst unergänglich erscheinen. Und wie hebt sich das neue Jahr langsam und feierlich aus der Zukunft: unendliche Zeit, um zu schaffen, zu genießen, Ziele zu erreichen und Glück zu fangen. Aber dann drehen sich die Monate, die Sehnsucht reißt sich vom Winter in den Frühling, der den Sommer verspricht, und wenn dieser sich schon erfüllt und herbstliche Früchte in deinen Schoß wirft, nact schon in erschreckendem Tempo neue Kälte des Winters. Und mit verlangenden, ungefüllten Händen stehst du wieder an der Schwelle eines neuen Jahres... und kannst nicht anders, als wieder zu hoffen, zu glauben, daß es die Ewigkeit berge, daß es das Glück, die Erfüllung bringe.

Wenn die Glocken von allen Türmen läuten, die Gläser klingen und du mit Unruhe im Herzen dem neuen Freunde entgegentrittst — ihm, dem neuen unerkannten Jahr, das deine Illusionen noch nicht zertrümmert hat —, kannst du da anders, als gläubig hoffen, daß alles gut werde in dieser besten aller Welten. Du dürftest zwar längst wissen: morgen schon ist sie zänkisch und reizsam, kalt und lieblos gegen dich, und sie gefällt dir auch nicht wie im Glanz des Neujahrspunzches — diese beste aller Welten. Aber was es nicht reizend von ihr, daß sie die freundlichen Illusionen genömt hat, daß sie die Schminke der Hoffnung auf ihr altes verwüstetes Antlitz gelegt hat, daß sie unberührte Frische vortäuscht, um dich eine Stunde glücklich zu machen?

Ich! — sonst könnte man in jeder Minute des Daseins ein neues Jahr beginnen. Es gibt entscheidendere Einschnitte als gerade die Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar. Etwa: am 3. Januar kam zum erstenmal der Gerichtsvollzieher, am 19. Februar segnete dich der schönste Weinrausch des Jahres, am 21. April reiste nach viermonatiger Anwesenheit die Schwiegermutter ab, am 6. August kam dein sechstes Lächelchen zur Welt, am 11. Oktober tönte im Stockwerk über die zum fünfzehnhundertsten Male „Balencia“, am 28. November verbot dir der Arzt bei Todesstrafe, Charlestan zu lernen, und was dergleichen wichtige Ereignisse mehr sind im Leben eines normalen Steuerzahlers.

Es wäre deshalb originell und selbständig, dein individuelles Lebensjahr von solchen Marksteinen abzumessen. Das Kalenderjahr bliebe eine geschäftliche und staatliche Angelegenheit, die dich in deinem Privatleben nichts angeht. Und es gibt wirklich keine zwingende Ursache, warum du gerade in der Nacht des ersten Januar gerührt erheben, berauscht und mit allen guten Vorzügen gerüstet sein sollst.

Als Schuljunge, als wir die Welt reformieren wollten, die allgemeine Moral verachteten und unter der Schußbank „Die konventionellen Lügen“ des verblödeten Mar Kochau ihren naiven Aufbruchgeist austränkten; damals, als wir uns unter grünlischen Schwindeleien von der feierlichen Familientafel wegtahten und in Tangelangels unbeschreiblichen Ranges unseren sechzehnjährigen Skeptizismus austobten: standen wir in der Nacht nicht im Schatten des

Domes und lauchten blickommen, hingerissen und emporgehoben den übermächtigen Klängen des Neujahrsläutens? Und fühlten uns einbezogen in die Gemeinschaft; vernichtet, klein und höflich in unserem jugendhaften Dünkel. Und dies Gefühl zwischen Glück und Trauer, diese Unruhe, die im Geläute der Neujahrslocken ein ungeheures Besprechen empfinden ließ: sie kam immer wieder, wenn in dieser Nacht die Glocken dröhnten, die Raketen stiegen und die Frösche der Lausbuben auf dem Strohpflaster knollten.

Wo immer du bist: auf See, im Schützengraben, im Tanzsaal des großen Hotels oder im Kreis gleichgestimmter Freunde — überall ergriß dich Ahnung, glaubtest du Gewißheit zu fühlen, daß in dieser Rittersnachtsstunde ein neues, reicheres, frischeres Leben sich anfängt.

Heilige Gemeinschaft der Menschen. Nur weil alle Wirtinnen an diesem Tag, in dieser Stunde, in diesen Minuten des zwölften Glockenschlages voll Hoffnung, Sehnsucht und Erwartung sind — deshalb ist Neujahr auch dein Jahresanbruch. Der egoistishte Individualist der sich zur einsamen Jahresanfangszeit in seine Höhle zurückzieht und allein, Liebe und Freundschaft verachtend, seine Träume plant: er leidet dennoch das Gefühl „Neujahr“ vom Ganzen, von der sozialen Gemeinschaft, die alle beschenkt und deren Gaben sich keiner entzieht.

Thermit als Eisbrecher. Mit der zunehmenden Ausnutzung der Wasserkraft wächst auch der Wunsch, den Werken zu jeder Jahreszeit den Wasserzufluß zu sichern, und so tritt die Bekämpfung des Eises in ein neues Stadium. Ein Offenhalten der Zuflüsse durch Sprengungen mit Dynamit und anderen Explosivstoffen ist in der Nähe menschlicher Wohnstätten und von Kunstbauten zu gefährlich. Der amerikanische Professor Howard I. Barnes hat daher ein Mittel gefunden, das sich als geradezu idealer Eisbrecher erweist. Es ist dies das Thermit, ein Gemisch von Aluminium und Eisenoxyd. Ueber seine Erfahrungen mit diesem Mittel bei Eisbergen und Packeis wird in der „Mischau“ berichtet. Wird in dem Gemisch Aluminium-Eisenoxyd durch eine Zündkerze die Reaktion einleitet, so steigt die Temperatur in wenigen Sekunden auf 2500 bis 2500 Grad. Außerdem aber zerfällt auch das Thermit, wenn es mit dem Eis in Berührung kommt, durch das schmelzende Eisen das Eis in Wasserstoff und Sauerstoff. Der Sauerstoff vereinigt sich mit dem Eisen zu Eisenoxyd, und der Wasserstoff verbrennt mit dem Sauerstoff zu Wasser. Bei dieser reichen Gasentwicklung kommt es zu heftigen Explosiven, die mit fast keinem Geräusch verbunden sind und das Zertrümmern der Eismassen unterföhren. Jede Schädigung von Kunstbauten oder Häusern ist vollkommen ausgeschlossen. Dabei ist das Thermit gefahrlos zu transportieren und zu handhaben. Seine Hauptwertigkeit besteht nicht im Sprengen, sondern im Erwärmen der Eismassen. Prof. Barnes konnte auf diese Weise das gefährliche Packeis des St. Lorenz-Stromes beseitigen, und hat auch bei einer großen Packeisgefahr, die einige Städte in Mesopotamien bedrohte, mit noch nicht fünf Tonnen Thermit den Wellern freien Weg geschaffen, während Dynamit wirkungslos blieb. Besonders wichtig aber ist dieser neue Eisbrecher zur Zerstörung von Eisbergen.

Der Maler des Naturalismus.

Zum 50. Todestag von Gustave Courbet.

„Wenn ich tot bin, soll man von mir sagen: Er hat keiner Schule, keiner Kirche, keiner Richtung, keiner Akademie, besonders aber keinem System angehört, nur dem der Freiheit.“ Diese Worte stehen in einem an den französischen Minister der Schönen Künste gerichteten Brief, mit denen Courbet einen ihm zugehenden Orden ablehnte und dabei dem Staate grundsätzlich das Recht bestritt, in Kunstdingen, die sich seiner Kompetenz entziehen, mitzusprechen. Sie kennzeichnen mit aller Schärfe Wesen und Art der Kunst, die der große Revolutionär der französischen Malerei, der gleichzeitig als der größte der modernen Wirklichkeitsmaler gelten muß, ausgebildet hat. Die positivste Philosophie, die materialistische Forschung, die Methode der Naturwissenschaften, kurz, der Geist des neunzehnten Jahrhunderts hat in Courbets Bildern seinen stärksten Niederschlag und prägnantesten künstlerischen Ausdruck gefunden. Mit der Abneigung gegen Klassizismus und Romantik und dem unverständlichen Haß gegen die Konventionen und Aufmachungsphantasie der glatten Salonmalerei im alten Kaiserreich verband er das Ungeheim und die Rücksichtslosigkeit des stürmischen Bahndrechers, der mit dem Ueberlebten und Hergebrochenen schonungslos aufräumt und auf neuen Wegen neuen Idealen entgegensteht. So hat Courbet die Natur für die Kunst erobert, und er durfte sich mit berechtigtem Stolz den „ersten Realisten“ nennen, der nichts als die Wahrheit anerkannte und dieser selbst auf Kosten der Schönheit zu ihrem unbezweifelten Recht zu verhelfen trachtete. Die unerbittliche Wahrheitsliebe zeigt sich auch in seiner Maltechnik, die bewußt und mit Absicht die Farben hart nebeneinander setzt, wie das unbestechliche Auge des Beobachters die Natur sah.

Freilich vermochte auch Courbet Natur und Wirklichkeit nur mit dem ihm angeborenen Temperament zu sehen und wiederzugeben, und dieses zugellose Temperament verleitete den malenden Realisten gelegentlich wohl auch zu brutaler Betonung einer naturalistisch-sozialen Programmatik. Aber diese Programmatik ist bei Courbet eine Idee, die mit gewaltiger Kraft und fortreichendem Impuls durchgeführt, den Stoff veredelt und über das Niveau der nächstern Tendenz erhebt. So war es dem widerprüchvollsten aller Maler vergönnt, eine Kunst von voller Geschlossenheit zu hinterlassen, in der sich der Geist des neunzehnten Jahrhunderts unverkennbar spiegelt. Ganz unbewußt hat dabei der auf ein Programm eingeschworene Naturalist, der nur ein ungeschminktes Bild des wirklichen Lebens dem Betrachter vor das Auge stellen wollte, dieses triebale Alltagsleben durch den bezwingenden Zauber seines Farbtons der Realität entrückt und ins Seelische umgewandelt. Dieses Ineinanderfließen von Traumstimmung und Erdhaftigkeit gibt Courbets Bildern einen Zug germanischer Empfindungsstile und läßt es begreiflich erscheinen, daß er auf die Entwicklung der modernen deutschen Malerei im allgemeinen und auf Leibl im besonderen so starken Einfluß gewinnen konnte, während seine Handstühle ihm und seiner Kunst lange verständnislos und ablehnend gegenüberstanden.

Wie kein großer Hoch- und Zeitgenosse Mittel ist auch Courbet aus einem Bauernhause hervorgegangen. Am 10. Juni 1819 in Ornans bei Beauncon geboren, eignete er sich die Anfangsgründe des Malerhandwerks bei einem in die Provinz verschlagenen Schüler Davids an und ging mit 20 Jahren nach Paris, mit dem stolzen Selbstbewußtsein des Kraftgetes, das keine Götter neben sich an-

erkennt. Daß dieser starrköpfige Feind aller Schulen und Richtungen, der sich so selbstbewußt als „Schüler der Natur“ bezeichnete, der Akademie im weiten Bogen aus dem Wege ging, versteht sich von selbst. Sein einziger Lehrer war der Sauer, wo er die alten Meister studierte und vor allem den allen Spantern das Geheimnis abgab, die dunklen, satten Farbtöne des Schwarz, Grau, Braun und Blau zu einem mystischen Rolorit zu verschmelzen. In der Wahl und Darstellung des Stoffes verließ er sich im übrigen ganz auf den beharrlichen und selbstschafflichen Instinkt des geborenen Malers. Aus diesem Instinkt heraus schuf er seine Bilder, die mit ihrer naturalistischen Auffassung und der stark betonten sozialen Note die jüngsten Akademiker entsetzten und der Kunstkritik willkommener Anlaß gaben, ihn als den Maler des Häßlichen zu brandmarken.

Daß die Jury diesem Kezer die heiligen Hallen des Salons sperrete, kümmerte ihn indessen so wenig wie der öffentliche Skandal, den jedes seiner neuen Bilder entfesselte. Der sanftliche Jünger Proudhons, der in seiner radikalen Agitation immer heftiger und ausfallender wurde, ließ es sich vielmehr angelegen sein, den Skandal durch seine aufrührerischen politischen Manifeste noch zu schüren. Wenn ihm die kritische Meute in Paris allzu heftig zusetzte, ging er nach Deutschland, wo er gern und oft weilte, um sich im deutschen Wald als eifriger Nimrod zu betätigen und bei edlem Rheinwein und lustiger Gesellschaft die Pariser Verdrießlichkeiten zu vergessen. Der Jäger Courbet verleugnet sich auch nicht in seinen wunderwollen waldgrünen und schneeweißen Landschaften mit Tierstaffage; die bezwingend frische Natürlichkeit, der aller Sentimentalität entledete Stimmungszauber entwarfneten selbst die Pariser Kritik.

Während der Weltausstellung im Jahre 1869 vereinte Courbet als Protest gegen den offiziellen Boykott seines Lebenswertes vierzig seiner Bilder zu einer Ausstellung, die eben genug in seiner Vorrede untergebracht war, und der er den stolzen Titel „Le Réalisme Gustave Courbet“ gab. Man sah da eine Anzahl Bilder, die heute klassisch geworden sind, wie die berühmten „Steinkopfer“ (Dresdener Galerie) und das nicht minder berühmte „Begräbnis in Orleans“ (Louvre). Die künstlerischen und materiellen Erfolge, die in den letzten Jahren seines Lebens sich langsam einstellten, hatten die stürmische Angriffslust des revolutionären Heißsporns nicht zu dämpfen vermocht. Seine politische Ueberzeugung getreu, sah er sich dann während der Pariser Kommune zu einer Rolle urteilt, die ihm den Vorwurf des Kunstbandalen eintrug. Als Präsident der Kunstkommission der Kommune war ihm die Aufgabe zugefallen, das am 12. April 1871 erlassene Dekret, das die Niederlegung der Vendôme-Säule anordnete, durchzuführen. Nachdem der Kommune-Kustand niedergeschlagen war, wurde Courbet verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl er die Säule an anderer Stelle zu erhalten versucht hatte. Nach Verbüßung der Gefängnisstrafe wurde er dann noch zum Ersatz der Kosten für die Wiederaufrichtung der Säule in Höhe von 329 001 Franken verurteilt, die er in jährlichen Raten abzahlen sollte, ein Urteil, das die Vermögen seiner materiellen Existenz bedeutete. Alle Mittel entblüht, floh Courbet in die Schweiz, wo er am 31. Dezember 1877 in La Tour de Peilz am Genfer See heimtlos und gebrochen starb.

Dr. Walter Hüting.

Eine halbe Million Pfannkuchen!

350 000 Pfannkuchen sollen zu Silvester in der Bäckerei der Konsumgenossenschaft in Lichtenberg und 150 000 in der Tempelhofer Bäckerei gebacken werden. Die Backmeister sind allerdings der Meinung, daß es hunderttausend mehr werden, denn der „Appetit“ der Füllalen — das hat der Pfefferkuchenverkauf zu Weihnachten bewiesen — ist ein sehr großer. Man tritt über der „Pfannkuchen-Inflation“ nicht unvorbereitet entgegen: in blanken Knetwannen rühren eiserne Arme den Teig, der dann gewogen und zur Teilmaschine kommt, die in einer halben Minute aus einer Teigplatte 30 Pfannkuchen formt. Von dort aus wandern die Teigkuchen in den feuchtwarmen Garraum, in dem sie etwa 25 Minuten verbleiben, um dann an der Luft zu „versteifen“. Und dann müssen sie in das heiße Fettbad der mit Gas geheizten Siedepfannen, von denen jede — in Lichtenberg stehen zehn und in Tempelhof fünf — 140 Stück aufnehmen kann. Hier bräunen sie. Erst die eine Seite und dann die andere. In der Mitte bleibt ein weißer Streifen, denn ein richtiger Berliner Pfannkuchen muß eine „Taille“ haben. Ueber den Pfannen befinden sich Rauchfänge, die aber in nächster Zeit durch bessere Ventilationsanlagen ersetzt werden sollen. Nach dem Fettbad, in dem die „aufgebundenen“ Pfannkuchen auf Drahtgestellen liegen, werden sie auf Abtropf-Roste gelegt, damit sie „trocknen Leibes“ ihre süße Füllung erhalten können. Eine kleine Maschine stößt nach einer Raddrehung jedem Pfannkuchen einen mit Marmelade gefüllten Eisenborn in den Leib. Nach dieser süßen Karter werden sie durch Streuzucker gerubelt und sind dann fertig zum Verpacken. In einer Stunde werden 16 000 Pfannkuchen hergestellt! Vertiefte Bleche, die die Pfannkuchen vor jedem Stoß und Druck bewahren, nehmen sie auf. Jedes Blech faßt 72 Stück, jede Expeditionskiste 6 Bleche, und jedes große Auto 42 Kisten. Es ist eine kostbare süße Last, die zu den Füllalen gefahren wird. Manche Füllalen haben zu Silvester 10 000 Pfannkuchen bestellt; denn ein tüchtiger Genossenschaftler verzehrt in der Silvesternacht zum GGG-Punsch in der Genossenschaft feuchtfrolicher Zecher nur GGG-Pfannkuchen!

Fahrpreisermäßigung für Blinde.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft befördert vom 1. Januar 1928 ab, wie wir bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe mitteilten, die Blinden zur Ausübung des Berufsverkehrs in der 3. und 4. Klasse zum halben Fahrpreis. Für diese Vergünstigung werden jetzt die näheren Bestimmungen bekannt.

Blinde werden bei Reisen zur Ausübung eines Berufes in der 3. und 4. Klasse im Fernverkehr und auch im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr zum halben Fahrpreis, in der 3. Klasse der Schnellzüge außerdem gegen tarifmäßigen Zuschlag befördert. — Die gleiche Ermäßigung wird einem Begleiter gewährt, wenn der Blinde und der Begleiter gemeinsam reisen. Ist der Blinde ein Schwerverkriegsbeschädigter, so bleiben für seinen Begleiter die bisherigen Tarifbestimmungen bestehen, die dahin gehen, daß der Begleiter eines Kriegsbeschädigten bei allen Reisen des Kriegsbeschädigten frei befördert wird, wenn er lediglich zur Begleitung mitreist. Ferner, wenn er einen Kriegsbeschädigten nach einem anderen Ort gebracht hat und allein nach dem Ausgangsort zurückreist oder wenn er einen Kriegsbeschädigten abholt. Der Führerhund des Blinden wird gebührenfrei befördert, wenn der Blinde nicht in Begleitung einer Person reist. Die Fahrkarten zum halben Fahrpreis werden von den Fahrkartenausgaben auf Grund von Ausweisen nach vorgeschriebenem Muster verabfolgt. Als Ausweis dient eine auf den Namen des Blinden lautende, von der Eisenbahn für die

Dauer eines Kalenderjahres ausgestellte Bescheinigung darüber, daß der Inhaber erblindet ist und einen Beruf ausübt, zu dessen Ausübung er die Eisenbahn benützt. Die Bescheinigung wird auf Antrag des Erblindeten von der Eisenbahnverwaltung ausgestellt, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Dem Antrag sind das Zeugnis eines beamteten Arztes über die Blindheit, eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde darüber, welchen Beruf der Blinde ausübt und daß er dazu die Eisenbahn benützt, und das Lichtbild des Erblindeten beizufügen. Das Zeugnis des Arztes ist nur bei dem erstmaligen Antrag erforderlich. In Zweifelsfällen ist die Eisenbahn berechtigt, das Zeugnis durch einen Vertrauensarzt bestätigen zu lassen.

Die Fahrpreisermäßigung wird nur bei Lösung einfacher Fahrkarten (nicht etwa bei Zeitkarten, Arbeiterrückfahrkarten, Sonntagsrückfahrkarten) gewährt. Für den Begleiter kann eine Fahrkarte zum halben Preise ausgegeben werden, auch wenn der Blinde selbst eine Zeitkarte oder dergleichen besitzt. Die gebührenfreie Mitnahme des Führerhundes ist beim Vorzeigen von Fahrkarten aller Art zulässig, vorausgesetzt, daß der Blinde im Besitze der Bescheinigung nach Ziffer 5 der Tarifbestimmungen ist. Auf der von der Eisenbahnverwaltung auszustellenden Bescheinigung muß die Art des Berufs des Blinden genau eingetragen werden, damit nach Möglichkeit nachgeprüft werden kann, daß die Reise tatsächlich zur Ausübung des Berufs ausgeführt wird.

500 Einbrüche und 7 Ausbrüche in sechs Jahren — das ist der Verbrecherrekord, den sieben zwei in Berlin verhaftete schwere Jungen, ein 32 Jahre alter Leo Burski aus Polen und ein 36 Jahre alter Stephan Komitoff aus Rußland aufgestellt haben. Beide wurden unmittelbar nach einem Einbruch in Kalkberge-Rüdersdorf festgenommen. Burski war schon siebenmal verhaftet worden, jedesmal war es ihm gelungen, wieder zu entweichen. Bei ihren Verhören beschuldigten sich die beiden Verbrecher gegenseitig. Komitoff gab an, Burski habe in der Gegend von Rülisch in Schlesien auf der Landstraße auch eine alte Frau überfallen, beraubt und getötet.

Funkwinkel.

Aus der Staatsoper am Platz der Republik wurde Berdis „Louisa Miller“ übertragen. Die Sprache war diesmal so schlecht zu verstehen, daß man ohne Textbuch der Handlung überhaupt nicht folgen konnte. Das mag zum Teil an der undeutlichen Aussprache der Sänger gelegen haben; aber auch ein technischer Mangel schien vorzuliegen. Man hat die Gesangstimmen durch Radio schon viel klarer und unverzerrter gehört. Einwandfrei klang nur die Übertragung der Orchestermusik. Es wäre wesentlich, zu erfahren, ob eine Aenderung in der technischen Anlage die Ursache zu dem unvollkommenen Empfang an diesem Abend war. — Das Nachmittagskonzert der Kapelle Gerhard Hoffmann war stark auf den bürgerlichen Geschmack von vorgestern eingestellt. Aber da dieser unter den Zuhörern fraglos noch stark vertreten ist, so ist gegen solche Darbietung — falls sie nicht zu häufig wiederholt wird — nichts zu sagen. Erfreulich war, daß das Programm auf das übliche Ständchen der Nachmittagskonzerte verzichtete und wenigstens eine einheitliche Linie wahrte. — Eine Schilderung der olympischen Spiele des Altertums gab Dr. Willy Meiß, der über ihre Bedeutung für das griechische Volk, ihre Entwicklung zu einem kulturellen Höhepunkt und ihre schließliche Entartung anschaulich zu berichten mußte.

„Das junge Deutschland“ in Leipzig.

Am 7. Januar 1928 wird die Ausstellung „Das junge Deutschland“, die im vergangenen Sommer in Berlin große Beachtung fand, in Leipzig (Ringmehlhof, in nächster Nähe des Hauptbahnhofes) eröffnet. Mitteldeutschland wird diese Gelegenheit benutzen, um hier einmal das Leben unserer Jugend kennen zu lernen. Von allen kulturellen und wirtschaftlichen Fragen einmal abgesehen, ist das, was uns die Ausstellung über die körperliche Beanspruchung — von der engverbundenen geistigen ganz zu schweigen — unserer erwerbstätigen Jugend auf Grund einwandfreier Erhebungen mitteilt, so erschütternd, daß der Arzt über das ganze Werk schreiben möchte: „Jugend in Not!“ Kein Landwirt verlangt von seinen jungen Pferden das, was wir ausgerechnet in der kritischen Zeit der Reife den schulenlassenen, halbflügigen Menschen ganz selbstverständlich zumuten. Und man muß, wenn man an die Arbeit und an die Kosten denkt, die die Älteren dieser Jugend durch den Krieg ausgeburdet haben, ohne weidlich zu sein, den Forderungen der deutschen Jugendverbände aller Richtungen, aller Konfessionen, aller Herkommen zustimmen: Wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, Verdast der Nacht: zeit, freier Sonabendnachmittag, gesetzlicher Urlaub für 14-16jährige von 3 Wochen, für 15-18jährige von 2 Wochen, einheitliche Schulpflicht bis 18 Jahre.

Die erste japanische Untergrundbahn. Aus Tokio wird gemeldet, daß dort sieben die erste japanische Untergrundbahn dem Betrieb übergeben wurde.

Eisfest im Zoo. Am Neujahrstag fanden auf der Eisbahn am Zoo vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 Uhr ab Konzerter statt. Am Montag, 2. Januar, wird von 2 1/2 Uhr ab ein Kinderfest veranstaltet, in dessen Programm Hindernisläufe (Schmäh) und Eisspiele vernehen sind. Für die Sieger sind Preise ausgesetzt. Bis besonderer Attraktion wird ein Eisballspiel ausgeführt, auch werden Clowns und Akrobaten ihre Kunststücke zeigen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, Doppel-Messe 15, Vortrag des Herrn E. Wiltbauer: Moderne Arbeiterkultur in Österreich. Harmonium: Aus „Der Freischütz“ (Weber). Gäste willkommen.

Volldagertur in Englisch, Französisch, Russisch. In der zweiten Kammerwoche beginnen die neuen Anführer (Abendunterricht) in den obigen Sprachen für Genossinnen und Genossen ohne jegliche Vorkenntnisse. Teilnehmer mit Vorkenntnissen können entsprechenden Mittel- und Oberkursen beitreten. Auf Wunsch zahlreicher Genossen sollen außer den obigen Anführerkursen zwei neue Kurse „Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ und „Englische Handelskorrespondenz“ eingerichtet werden. Anmeldungen zu allen Sprachkursen bis zum 7. Januar (schriftlich oder persönlich) beim Genossen H. Fuchs, Berlin W 57, Fietzstr. 6 a, 1. Etage (nahe Rollendorferplatz). Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

steils auch vorrätig in den Niederlagen:

Lions-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 29,
a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.
Adler-Apotheke
Berlin - Friedenau, Rheinstraße 16.
Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106.
Neeges-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33
Schwetzer-Apotheke
Berlin W 8, Friedrichstraße 173
Rosen-Apotheke Hedewalde-Berlin
Das Pfarrer-Heumann-Euch
(272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder
Leser umsonst und portofrei von
Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 45.



Unser diesjähriger

SAISON- VERKAUF

bietet die
günstigsten Einkaufs-
Möglichkeiten!



Beginn: Montag
den 2. JAN.
Schluss: Sonnabend
den 14. JAN.

KONSUMM.

WARENHÄUSER

Norden: Reinickendorfer Str. 21 • Westen: Charl., Rosinenstr. 4 • Süden: Graefestr. 21 • Osten: Frankf. Allee 60.

Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Vor 25 Jahren kam die Generalkommission nach Berlin.

Am Jahreschluss sind es 25 Jahre her, seitdem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte. Dieser Umzug ist ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der freien Gewerkschaften. Im Anfang war Hamburg die Zentrale der Gewerkschaften. Hamburger Geist und Hamburger praktischer Sinn haben den freien Gewerkschaften die rechte Organisation gegeben; sie führten dazu, daß

die zentralistische Auffassung

über den Lokalismus den Sieg davontrug. Die Vertreter des Zentralisationsgedankens wollten starke Gewerkschaften schaffen, die in stande waren, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beim Arbeitsvertrag zu verwirklichen. Reichsverbände mit starken Kassen, gute Unterstützungseinrichtungen, eigene Arbeitsnachweise.

Die Zentralisten vertraten die Auffassung, daß der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, um Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit — kurzum

praktische Sozialpolitik ebenfalls Klassenkampf

sei als der von den Lokalistern stark bevorzugte nur politische Kampf. Solche Gewerkschaften konnten nach Lage der damaligen Vereinsgesetzgebung nur unpolitische Organisationen sein.

Für den Aufbau der zentralistisch organisierten freien Gewerkschaftsbewegung war die Ueberführung der Gewerkschaftszentrale nach der Reichshauptstadt ein Gebot der Notwendigkeit. Die Ueberführung war verbunden mit der Schaffung eines Zentralarbeitersekretariats, das nur in Berlin, am Sitz des Reichsversicherungsamtes, wirken konnte. Und so wurde mit 119 gegen 31 Stimmen die Erziehung des Zentralarbeitersekretariats und mit 104 gegen 47 Stimmen die Sitzverlegung der Generalkommission nach Berlin beschlossen. Ende des Jahres 1902 ging der Umzug vorstatten. Als neues Heim der Gewerkschaftszentrale wurde das

zwei Jahre zuvor fertiggestellte Gewerkschaftshaus am Engelufer erkoren, das die Zentrale bis zum Inflationsjahr 1923 innehatte.

Die späteren Jahre rechtfertigten voll auf die Sitzverlegung; denn die Tätigkeit der Generalkommission erweiterte sich immer mehr durch den unmittelbaren Verkehr mit den Behörden. Die starke sozialpolitische Arbeit der Generalkommission hätte unmöglich von einem anderen Platze aus so erfolgreich geleistet werden können. Die Sitzverlegung brachte auch ein klareres Verhältnis

zum Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

das bis 1902 zuweilen recht gespannt gewesen war. In zahlreichen Fragen wurden jetzt gemeinsam Verhandlungen geführt, bei denen in der Regel auch Verständigungen erzielt wurden.

25 Jahre in Berlin! In diesem Vierteljahrhundert hat sich die Gewerkschaftsbewegung die Reichshauptstadt und damit erst endgültig das Reich erobert sowie tatsächliche und verfassungsmäßige Anerkennung errungen.

Mit dem bedeutsamen Gedentag, den die freie Gewerkschaftsbewegung an der Jahreswende feiern kann, sind, wie die „Gewerkschaftszeitung“ mittelt, auch noch einige Jubiläen verschiedener führender Gewerkschaften verbunden, die seinerzeit in die Generalkommission gewählt wurden. Von der 1902 gewählten Generalkommission sind durch Tod abgegangen Döblin († 1918), Legien († 1920) und Silberschmidt († 1927). Vom Amt zurückgetreten sind Robert Schmidt 1919, Cohen 1923 und Sassenbach 1923. In ihrem Ehrenamt befinden sich aber noch Sabath (seit 1893, Mitglied der GR.), Hermann Rube (seit 1902) und Alexander Knoll (seit 1902); die beiden letzteren können mit der Feier der Ueberführung der Generalkommission nach Berlin ihr 25jähriges Amtsjubiläum verknüpfen.

ständnissen kein Anlaß mehr gegeben wird. Sonst wird unter den Arbeitslosen böses Blut hervorgerufen, und die einzelnen Arbeitsämter werden zu falscher Handhabung der Arbeitslosenunterstützung verleitet und durch überflüssiges Schreibwerk beschwert. Die Behandlung der Arbeitslosen ist ohnehin schwer, als daß sie noch durch derartige Mißverständnisse belastet werden dürfte.

„Gewollte Tarifunfähigkeit?“

Gewisse Arbeitgeberverbände versuchen, sich tarifunfähig zu machen. Sie ändern ihre Satzungen dahingehend ab, daß sie nicht berechtigt seien, mit den Angestelltenverbänden Tarifverträge abzuschließen. Sie wollen aber als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne der Tarifvertragsordnung gelten und glauben dies damit zu erreichen, daß sie sich nur für berechtigt erklären, mit den Gewerkschaften der Arbeiter Tarifverträge abzuschließen. Durch ihre Satzungsänderung glauben sie, sich auch einem Schlichtungsverfahren (Zwangsstoff) mit Erfolg entziehen zu können.

Der Zentralverband der Angestellten hatte in Verbindung mit den anderen Verbänden bei dem Schlichtungsausschuß in Kassel ein Schlichtungsverfahren gegen den Arbeitgeberverband der Textilindustrie in Kassel anhängig gemacht. Der in diesem Verfahren ergangene Schiedsspruch wurde für verbindlich erklärt.

Kunmehr erhob der Arbeitgeberverband bei dem Arbeitsgericht in Kassel Klage mit dem Antrage, festzustellen, daß Rechte aus dem für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht geltend gemacht werden können. Die Klage stützte er auf eine vor dem Schlichtungsverfahren vorgenommene Satzungsänderung und behauptete, er sei gemäß tarifunfähig und könne in kein Schlichtungsverfahren der Angestelltenverbände hineingezogen werden.

Termin vor dem Arbeitsgericht Kassel stand am 28. Dezember dieses Jahres an. Der Zentralverband der Angestellten, Berlin, wurde durch seinen Rechtschutzleiter Burgemeister vertreten. Nach eingehender Verhandlung und Beratung ist die Klage des Arbeitgeberverbandes abgewiesen. Das Arbeitsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß es eine gewollte Tarifunfähigkeit nicht gibt. Das Urteil ist von grundlegender Bedeutung.

Der Herr Geheime Landesarbeitsrat.

Es war die bayerische Regierung, die es als ein dringendes Bedürfnis empfand, für Gewerkschaftsbeamte besondere Titel einzuführen. Diese Neuerung auf sozialpolitischem Gebiet, das heißt die Sozialisierung der Titelseuche und deren Uebertragung auf Arbeiterführer, gestalte sich zu einer gründlichen Blamage, da sowohl die freien Gewerkschaften wie die Christlichen es ablehnten, sich zu solchem Unfug herzugeben. Die bayerische Regierung sah mit ihren Titeln da, da ihr kein charaktvollerer Gewerkschaftsführer einen ihrer neuen Titel abnehmen wollte.

Durch einen Unfall der Christlichen scheint es ihr nun nachträglich doch noch zu gelingen, einige ihrer inzwischen verstaubten Titel an den Mann zu bringen.

Der „Deutsche“ berichtete am 24. Dezember über „Bayerische Weihnachtsgeschenke“. In München seien eine Reihe neuer Titel verliehen worden. „Es hat eine ganze Anzahl neuer Geheimer Kommerzienräte, Geheimer Justizräte usw. gegeben.“ Und dann folgt halbseitig:

„Mit besonderer Freude lesen wir, daß dem um die christliche Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Reichstagsabgeordneten Schirmer der Titel eines Geheimen Landesarbeitsrats verliehen worden ist.“

Daß im Hause Stegerwald große Freude über Titel herrscht, ist lachsam bekannt. Daß jedoch die Christlichen sich nunmehr mit der bayerischen Titelbesetzung abgefunden haben und ganz besondere Freude an dem Arbeitsrat, Landesarbeitsrat und gar dem Geheimen Landesarbeitsrat haben, ist neu. Der Anfang ist gemacht, und bald wird jeder christliche Gewerkschaftsführer seinen bayerischen Titel haben. Wir beneiden keinen darum.

Das „Berliner Tageblatt“ hängt diese Titelgeschäfte etwas niedriger und wirft die Frage auf,

„ob auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften diese Freude ihres Zentralorgans über den Geheimen Landesarbeitsrats teilen; denn bisher haben die Gewerkschaften insgesamt alle Versuche, die auf die eitle Titelseuche veranlagter Menschen spekulieren, entschieden abgelehnt. Die deutsche Arbeiterbewegung hat heute wirklich andere Sorgen als die Titelbesetzung der bayerischen Staatsregierung.“

Der Meinung sind auch wir. Der Berliner aber würde sagen: „Daß doch dem Kind die Bouffette!“

Abgelehnter Schiedsspruch.

Essen, 30. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie wir erfahren, lehnen der Deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein Ulrich-Duncker den Schiedsspruch für die Arbeitszeit und die Mehrarbeitszuschläge für die Metallindustrie ab. Die Stellungnahme des Christlichen Gewerksvereins steht noch nicht fest. Die drei am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften hatten einheitliche Arbeitszeitforderungen, und zwar die der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für sämtliche Betriebe ab 1. Januar 1928 aufgestellt.

Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet.

Die französische Grubenverwaltung hat als Folge der Rationalisierungsmaßnahmen mehr als 1000 Bergarbeiter entlassen. Gemäß Verfügung der Regierungskommission sind die öffentlichen Arbeitsnachweinstellen ermächtigt, Erwerbslose sowohl nach den lothringischen Grenzorten als auch nach dem reichsdeutschen Grenzgebiet zu vermitteln und, falls die Aufnahme der Arbeit aus einem ungenügenden Grunde verzögert wird, die Erwerbslosenunterstützung zu verlangen.

Hoffentlich werden die Saargruben nicht, zugrunde rationalisiert, bevor sie wieder an Preußen und Bayern fallen.

Wacht brünnchen!

die 3 Pfennig-Zigaretten

Moslem

muß fortwährend sein. Du brauchst die nicht das Raucherrommel soll über ein Oben zinsen zu lassen und kein unktion Oisstellung beziffen. Und lomm on die unim Oisführung, die ist mein Oisheit!



Schwere Baukrise im neuen Jahr.

Gelder fehlen. — Auslandskapital notwendig. — Hauszinssteuerreform!

Das Jahr 1927 hat einen großen Fortschritt in der Entwicklung des Wohnungsbaus mit sich gebracht: wahrscheinlich sind zum erstenmal mit den erstellten 250 000 Wohnungen mehr Wohnungen errichtet worden, als allein zur Deckung des laufenden Bedarfs benötigt werden. Der Wohnungsmangel von rund einer Million Wohnungen ist vielleicht um einige Tausend Wohnungen gemildert worden. Aber dieser

Erfolg für 1927 wurde teuer bezahlt

und wirkt auf das Jahr 1928 einen dunklen Schatten. Zu Anfang 1927 rechnete man in den Kreisen der privaten Hypothekendarlehenbanken für den Wohnungsbau für rund 600 Millionen Mark erstellte Hypotheken bereitstellen zu können. Tatsächlich gelang es jedoch, nur etwa 100 Millionen Mark Hypothekengelder von ihnen zu erhalten. Der Grund dafür lag, wie sie gern behaupten, in dem Verlangen des inländischen Kapitalmarkts, der bekanntlich seit Frühjahr 1927 in immer geringerem Maße für die Aufnahme von Hypothekenplanbüchern bereitsteht. Von mindestens gleich großer Bedeutung war aber, daß die verfehlte Miet- und Hauszinssteuererhebung zu einer Höherbewertung des städtischen Hausbestandes führte und daß diese Höherbewertung die Hypothekendarlehen veranlaßte, die ihnen im Umfange von etwa einer Milliarde zugeflossenen Mittel in weit größerem Umfange zur Befreiung dieses Grundbesitzes als zur Förderung der Errichtung von neuen Wohnungen zu verwenden.

Die halbe Milliarde, die auf diese Weise der Finanzierung des Wohnungsbaus im Jahre 1927 entzogen wurde, fehlt heute natürlich. Es war nicht möglich, langfristige Mittel in entsprechender Höhe aus anderen Quellen zu beschaffen, zumal der Reichsbankpräsident der Zuführung von Auslandskapital für den Wohnungsbau hartnäckig unbedingten Widerstand leistet. So ist es gekommen, daß die Finanzierung des Wohnungsbaus im Jahre 1927 höchst unsolid war. Kredite der Baukreditinstitute, kurzfristige Bankkredite und dergleichen Mittel wurden in erheblichem Umfange in Neubauten festgelegt. Woher die langfristigen Kapitalien genommen werden sollen, um diese Kredite abzudecken, das ist heute noch völlig unklar.

Weit ungünstiger sind noch die Ausichten für 1928.

Fast alle Finanzierungsquellen des Wohnungsbaus werden im neuen Jahre spärlicher fließen als im alten. Sorgfältige Berechnungen führen immer wieder zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich im nächsten Jahre bestenfalls nur die Errichtung von 150 000 bis 160 000 Wohnungen, statt der 250 000 für 1927, in Frage kommen wird. Selbst diese Berechnungen aber sind in ihren Grundzügen völlig ungesichert. Denn ganz ähnlich wie im Jahre 1926 besteht heute bei den öffentlichen Körperschaften noch nicht die ge-

ringste Klarheit darüber, wie groß auch nur die zur Finanzierung des Wohnungsbaus notwendigen Hauszinssteuermittel sein werden. Denn der Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes, der bekanntlich eine durchgreifende Verringerung und Senkung der Hauszinssteuer vorsieht, ruht noch immer im Reichsrat.

Ob der Reichsfinanzminister mit der Verabschiedung durch den Reichsrat überhaupt noch rechnet, ob er ihn noch im ersten Vierteljahr 1928 vor den Reichstag bringen will, all das ist völlig ungeklärt. Die Hauszinssteuererhebung der Länder laufen zum größten Teil im März 1928 ab. Wie hoch die Mittel sein werden, die nach dem neuen Hauszinssteuergesetz für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen werden, weiß niemand genau.

Finanziell ist alles in der Schwebe.

Die selbstverständliche Folge davon ist die, daß wieder einmal keine Dispositionen auf lange Sicht am Baumarkt getroffen werden. Zu dem Krisenmoment der eingefrorenen Baufinanzierung von 1927, zu dem der allgemein unzureichenden Finanzierung für 1928, tritt noch das der völligen Undurchsichtigkeit der Höhe der zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel. Die Folgen dieser Zuspitzung sind klar: 1928 wird eine schwere Krise im Baugewerbe bringen.

Von vielen Seiten ertönt in dieser Lage der Ruf nach dem Auslandskapital. Er ist berechtigt, und man sollte sich endlich entschließen, ihm Folge zu leisten. Mindestens ebenso wichtig ist aber, daß die öffentliche Verwaltung in Deutschland das ihre tut, um den Baumarkt im Jahre 1928 zu befruchten. Vor allem müßte man endlich in

Preußen das große Hauszinssteuerrecht beseitigen.

das durch die verfehlte Konstruktion der preussischen Hauszinssteuer entstanden ist und das Steueraufkommen um fast 25 Proz. = eine Viertelmilliarde niedriger sein läßt, als es nach Recht und Billigkeit sein sollte. Schon dies wäre eine fühlbare Hilfe für den Baumarkt. Sodann sollte man endlich Klarheit über die Erhebung der Hauszinssteuer im Jahre 1928 schaffen.

Rog es auch für Herrn Dr. Köhler schwer sein, dem Hauszins die geplante Viesgabe nicht noch vor den Wahlen zutommen zu lassen, mag er nur mit Bedauern einer nochmaligen Verlagerung des Steuervereinfachungsgesetzes entgegensehen, der Wohnungsneubau ist 1928 wichtiger. Die konjunkturmörderische Politik des Reichsbankpräsidenten wirkt sich am Arbeitsmarkt schon jetzt empfindlich aus. Es wäre bedauerlich, wenn sich Dr. Köhler durch die Verhinderung der planmäßigen Vorbereitung der Bauprogramme des nächsten Jahres einen Ehrenplatz an der Seite Dr. Schachts verdienen wollte!

50% Umsatzsteigerung bei Rheinmetall. Lokomotivbau stillgelegt. — Erfolg finanzieller Sanierung.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. Düsseldorf war eines der ersten Großunternehmen, das aus den Folgen der Ruhrbesetzung und den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die notwendigen Konsequenzen zog. Bereits im Januar 1926, nach der Veröffentlichung des hohen Verlustes von fast sieben Millionen im Geschäftsjahr 1924/25, nahm die Gesellschaft einen scharfen Einschnitt in das Kapital durch Herabsetzung von 18 auf 6 Millionen Mark vor. Die 12 Millionen Buchgewinne wurden zur Deckung des Verlustes und zu Abschreibungen verwendet, während zur Durchführung der Betriebsrationalisierung das Kapital auf 12 Millionen Mark wiedererhöht wurde.

Die Krise bei Rheinmetall hatte ihren Ausgangspunkt von dem Hauptbetrieb, dem Lokomotivbau, genommen. Während früher dieser größte Betrieb der Gesellschaft durch regelmäßige Reichsbahnaufträge und die damit verbundenen hohen Anzahlungen kaum Betriebskapital erforderte, mußten bei der jahrelangen Drosselung der Reichsbahnbestellungen Auslandsaufträge zu Verlustpreisen und ungunstigen Zahlungsbedingungen angenommen werden, um den Betrieb überhaupt in Gang zu halten. Da die Krise im Lokomotivbau anhielt, entschloß sich die Gesellschaft, sämtliche Lokomotivwerkstätten stillzulegen — Rußland wollte bekanntlich die ganzen Lokomotivbauanlagen übernehmen — und den Wiederaufbau auf die Stahl-, Press- und Rohrwerte zu beschränken. Trotz der teilweise Stilllegung konnte unter der Einwirkung der Konjunktur der Umsatz von 28 auf 42 Millionen, also um 50 Proz., erhöht werden. Die Rohstoffherzeugung weist mit über 81 000 Tonnen Rekordfiguren seit Bestehen der Firma auf. Auch bei den Blechwerten herrscht durch den starken Bedarf der Automobilindustrie Hochbetrieb.

Der günstige Betriebslage entsprechend, zeigen sich auch in der Bilanz deutliche Anzeichen der Wiedergesundung. Die Betriebsgewinne stiegen von 5,6 auf 7,8 Millionen Mark, von denen nach Abzug der großen Abschreibungen von 2 Millionen Mark und der durch die Umstellungen der Betriebe noch stark beeinflussten Kosten, sowie Steuern und Zinsen von 5,4 Millionen Mark noch ein Reingewinn von 1,1 Millionen Mark gegen 33 500 M. im letzten Jahr verbleibt. Eine Dividende auf das wieder auf 12 Millionen erhöhte Kapital wird nicht verteilt, sondern der Gewinn wird mit 600 000 M. zur Reupolung der aufgelösten Reservefonds verwendet und der Rest auf das neue Jahr übertragen. In den Anlagen treten die durchgeführten Betriebsrenewierungen in rund 3 Millionen Mark Zugängen — für Maschinen allein 2,4 Millionen Mark — in Erscheinung. Der stattliche Erfolg ermöglichte eine Verringerung der Vorratslager um 2 auf 7,8 Millionen Mark. Dementsprechend konnten Schulden und Anzahlungen um über 3 auf 9 Millionen Mark gesenkt werden. Jedoch ist die Finanzlage trotz dieser offensichtlichen Besserung immer noch ziemlich angespannt, da den Waren- und Wechselschulden (11,7 Millionen Mark) Forderungen in Höhe von nur etwa 50 Proz. gegenüberstehen.

Die Lage des Unternehmens ist bis zum Jahresende günstig geblieben. Die Belegschaft ist bis auf 6357 Mann wieder gestiegen, und die zurzeit vorliegenden Aufträge gewährleisten für die nächsten Monate volle Beschäftigung.

England treibt zum Kohlentruß.

Nach einer Londoner Meldung hat ein Ausschuß der Grubenbesitzer von Südwales und Rommouthshire einen wichtigen Vorschlag für den englischen Kohlenbergbau ausgearbeitet. Es sollen Mindestkohlenpreise eingeführt werden, um ein beträchtliches Ansteigen der Gruben zu verhindern. Unter dem Mindestpreis soll vor allen Dingen nicht aus Ausland verkauft werden. Zwei Schilling Strafe je Tonne sollen beim Bruch des Abkommens gezahlt werden. Kann ein Schacht zu den festgesetzten Preisen nicht rentabel fördern und ist dorauhin zur Betriebseinstellung gezwungen, so soll er während der Stilllegung je Tonne eine Vergütung von 2 Schilling erhalten, und zwar auf der Grundlage der Normalförderung. Die dafür benötigten Gelder sollen durch eine allgemeine Abgabe (Umsatz) aufgebracht werden. Dieser Vorschlag, der auf eine zentrale Organisation des englischen Bergbaues hinführt, ist für seine künftige Entwicklung von großer Bedeutung.

Sehr reich hat die Reichsbahn ihren vorläufigen Jahresbericht für 1927 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Güter- und Personenverkehr war gegenüber dem ganzen Vorjahre nicht unerheblich stärker. Durchweg war die Wagenstellung größer als im Jahre 1913. Im Lokomotivbetrieb wurde die Durchschnittsleistung um mehr als 10 Proz. gesteigert. Die Gesamtlänge der Dampflokomotiven ist um 1100 verringert worden. Ende 1927 wurden 1107 Kilometer Fern- und 112 Kilometer Nebenbahnen elektrisch betrieben. Im Bau waren 398 Kilometer neue elektrische Strecken, 90 Elektrolokomotiven wurden neu vergeben. Personen- und Güterverkehr brachten größere Einnahmen. Das Beschäftigungsprogramm brachte Ausnahmen von 1,8 Milliarden Mark, 4072 gegen 3600 Kilometer im Vorjahr der Gleisanlagen wurden erneuert. Den Anleihemarkt hält die Reichsbahn noch nicht für tragfähig genug, um Kapital für den Ausbau nicht aus den laufenden Einnahmen nehmen zu müssen. — Wir möchten untererleiden die Reichsbahn darum bitten, recht sorgfältig die neuere Entwicklung auf dem Kapitalmarkt zu verfolgen, denn die Reichsbahn scheint den Umchwung, der hier bereits eingetreten ist, noch nicht beachtet zu haben.

Ein Rekordkohlenjahr. Die deutsche Steinkohlenwirtschaft hat mit 1927 ein Rekordjahr hinter sich. Nach dem vorläufigen Schätzungen wird das Jahr 1926 mit dem Gütergeschäft des englischen Bergarbeiterstreiks noch um rund 5 Millionen Tonnen übertraffen und das Förderergebnis von 1913 (heutige Grenzen) wird sogar um rund 10 Millionen Tonnen übertraffen. — Diese Tatsachen sind bedeutsam für das öffentliche Urteil über die Steinkohlenkrise und die im Zusammenhang damit von den Zechenbesitzern aufgestellten Forderungen. Das Jahr 1927 war mit seiner riesenhaften Produktion ein Sanierungsjahr allerersten Güte. Besser kann es für die Zechen nicht mehr kommen. Sie müssen für die finanzielle und betriebliche Umstellung aus diesem Jahre alles herausgeholt haben, was eine Höchstproduktion überhaupt an Möglichkeiten zur Behebung der Kohlenkrise bietet. Haben sie das nicht getan, so ist es ihre eigene Schuld. Die Öffentlichkeit muß deshalb die Ohren steif halten, wenn die Zechenherren im neuen Jahre wieder mit Sonderwünschen kommen werden.

Deutschland führt in der Weltstahlproduktion. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gibt in „Stahl und Eisen“ eine Schätzung der Weltzeugung von Roheisen und Rohstahl für das Jahr 1927 bekannt. Die Weltzeugung ist bei Roheisen gegenüber dem Vorjahr von 78,5 auf 84,6 die Weltstahlzeugung von 83,1 auf 100,5 Millionen gestiegen. Von diesem Weltzuwachs entfallen bei Roheisen und bei Rohstahl auf Deutschland allein rund 60 Proz. Dagegen ist in den Vereinigten Staaten die Roheisenzeugung um rund 3 auf 36,5 Millionen und bei Rohstahl um rund 4 auf 45,3 Millionen Tonnen zurückgegangen. Rückgänge verzeichnen ebenfalls Frankreich, Italien, Schweden, China und Australien. Bei allen anderen Ländern liegen nur verhältnismäßig geringe Steigerungen vor. Deutschland hat demnach an der Gesamtzeugung der Weltzeugung einen ganz unerwartet und unerhört großen Anteil.

Wie Amerika über Deutschland denkt.

Auders als Herrn Schacht es paßt.

Zeit Wilhelm II. war es in Deutschland zum ersten Male wieder der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der göttergleich ein persönliches Regiment für angebracht hält. Wenig dazu berufen, bildet er sich doch ein, als einziger in Deutschland wirkliche Reparationspolitik machen zu können. Das Ergebnis war bisher, daß er Deutschland nur geschadet hat. Es sind jetzt Amerikaner, die in Uebereinstimmung mit den tatsächlichen deutschen Verhältnissen die von Schacht geführte deutsche Kreditpolitik wiederherzustellen suchen. Darüber werden zahlreiche Urteile von amerikanischen Finanzleuten jetzt in aller Welt verbreitet, aus denen wir einige nach ihrem wesentlichen Inhalt herausgreifen wollen.

Walter E. Bell in der New Yorker Bankfirma Harris, Forbes u. Co. weist auf den ungerechtfertigten Rückgang der deutschen Anleiheleihe in New York hin und bezeichnet vieles von dem, was veröffentlicht wurde, als irreführend und verwirrend. Die amerikanische Öffentlichkeit stehe im Begriff, ein klareres Verständnis der Gründe zu gewinnen, welche die amerikanischen Anlagebankiers veranlaßt haben, nach sorgfältigem Studium ihren Kunden deutsche Bonds zu empfehlen. Ein sehr hoher Prozentsatz der deutschen Dollaranleihen sei für produktive Zwecke verwendet worden, und wenn dies auch in Zukunft geschehe (nur Dr. Schacht hat das für Bergangehen und Gegenwart bestritten; die Red.), so würde dies nur eine weitere Ausdehnung des Marktes für deutsche Anleihen und eine Vergrößerung der amerikanischen Nachfrage zur Folge haben.

Francis H. Siffon von der Guaranty Trust Company of New York sagt: „Auf alle Fälle bemittelt die Bereitwilligkeit, mit welcher die amerikanischen Investoren (Geldgeber; die Red.) weiter ihre Kapitalien in deutschen Wertpapieren anlegen, daß man in diesen Kreisen alles Vertrauen hat, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllen kann und erfüllen will. Ganz gleich, ob es notwendig oder wünschenswert ist, den Umfang oder die Methode der Reparationszahlungen zu revidieren, ist der Kredit Deutschlands als Anleihenehmer auf den amerikanischen Märkten durchaus fest begründet, und sicherlich hat amerikanisches Kapital an dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands erheblichen Anteil.“

A. D. Hayward vom Bankhaus Dillon Read u. Co., New York, betont, daß der außerordentlich schnelle Fortschritt Deutschlands in der ganzen Welt Bewunderung hervorgerufen habe. Höhere Löhne und ein höherer Lebensstandard werden sicherlich kommen, wenn das Tempo auch nicht zu übersteigern sei. Das Vertrauen des Auslands in Deutschland hält seines Erachtens nach an. Wahrscheinlich werde 1928 Deutschland weiteres amerikanisches Kapital zur Verfügung gestellt werden. Die an dem deutschen Haushaltsplan und den öffentlichen Ausgaben geübte Kritik sei vom amerikanischen Publikum wohl bemerkt worden — auch Deutschland müsse sie beachten — und habe einen starken Kursrückgang für deutsche Anleihen zur Folge gehabt. Der einzige Weg zur Wiedererhöhung der Anleiheleihe und zur weiteren Kreditgewährung bestehe darin, die Käufer von deutschen Anleihen in Amerika davon zu überzeugen, daß das geübte Kapital nur für produktive Zwecke verwendet wird und alle Kräfte auf die Erfüllung des Dawes-Planes zu konzentrieren. — Diesen Ratschlag noch einmal und besonders führen zu müssen, hat Deutschland auch Schacht zu verdanken, der gar nicht wagen konnte, ersthaft das Gegenteil zu behaupten, aber doch zu Deutschlands Schaden diesen Eindruck im Ausland hervorgerufen hat.

Mit diesen wenigen Zitaten aus den amerikanischen Urteilen wollen wir uns begnügen. Sie sind deutlich und bedürfen keines Kommentars. Sie zeigen klar, wie es heute das amerikanische

Ausland ist, das auf merkwürdige Weise für den von Hoover verantwortlichen deutschen Persönlichkeiten angerichteten Schaden Deutschland moralische Reparationen leistet. Hoffentlich hat Herr Dr. Schacht gegen diese Art von Transfer nach Deutschland nichts einzuwenden. Eine neue Bodumer Rede diesen amerikanischen Finanziers entgegenzustellen, wird ihm wahrscheinlich etwas schwerer fallen, als sein sinnloser Angriff gegen die deutschen Gemeinden.

Rußland wird deutscher Einzelhändler.

Für russische Naphthaprodukte deutsche Zapfstellen.

Rußlands Naphthaproduktion und -verarbeitung zu Brennstoffen ist bekanntlich ziemlich stark im Aufsteigen. Mit Recht scheint sich Rußland aber nicht damit begnügen zu wollen, seine Produkte an deutsche oder andere ausländische Großhändler zu verkaufen, sondern es will auch jenen beträchtlichen Handelsgewinn für sich haben, der beim Kleinabsatz an die Verbraucher entsteht. Verfahren doch Rußlands großkapitalistische Konkurrenz nicht anders, und aller Welt sind ja die Schankstellen der Royal Shell und der Standard Oil Company bekannt, mit denen Rußland auch als Produzent im scharfen Konkurrenzkampf steht.

Diesem Zweck dient die russische Ölvertriebsgesellschaft in Deutschland, die mit einem Anfangskapital von 100 000 Mark gemeinsam von der deutsch-russischen Naphthageellschaft (Tochtergesellschaft des allrussischen Naphthoindulats) und der Erdölindustrie A.-G. (Beteiligungsgesellschaft des österreichisch-französischen Galia-Premier-Konzerns) jetzt gegründet wird. Die Erdölindustrie A.-G. hat bereits eine ziemlich umfangreiche Kleinhandelsorganisation in Deutschland und hat eine Reihe deutscher Unternehmungen erworben, die in zahlreichen Städten ebenfalls Zapfstellen besitzen.

Es wird mit einiger Sicherheit erwartet — Rußland hält bekanntlich schon seine Devisen immer um einen Pfennig unter denen der Konkurrenz — daß die Folge dieser Neuorganisation ein Preissturz zwischen allen Preisverkäufern zur Folge haben wird und daß die russische Handelsgesellschaft mit Preisunterbietungen vorangehen wird. Wenn das geschähe so erfolgt natürlich eine billigere Cinddeckung der Benzinerbenutzer, und das wäre in der Tat eine der ersten wahrhaft produktiven Leistungen Sowjetrußlands für die Welt — eine zwar kleine, aber sicher produktive Leistung.

Allerdings muß man abwarten, welche Konsequenzen Sowjetrußland später daraus ziehen wird, daß es in Deutschland zum Kleinhändler mit großen Absichten geworden ist. Die Konkurrenz unterbietet nach aller Erfahrung kleinere Handelsgewinne. Kleinere Handelsgewinne, als man sie vielleicht haben könnte, sind aber niemandem angenehm, wahrscheinlich auch nicht Sowjetrußland. Eine Verständigung mit der Konkurrenz, gewissermaßen ein Syndikat der großen antipodischen Konkurrenten untereinander, könnte diesen Schönheitsfehler wieder beseitigen. Es wäre zwar ein pikantes Schauspiel, einen derartigen Syndikatsfrieden zwischen dem kommunistischen Rußland und den finanzkapitalistischen Oligarchen zu erleben, aber man kann heute doch noch nicht sicher sagen, was den sowjetrussischen Kaufmann mehr lockt: eine tüchtige Außenkonkurrenz mit niedrigeren Preisen und Erlösen — oder ein Gentlemenfrieden in der Form eines Kartells, der zwar nicht schön aussieht, aber sich doch besser rentiert.

Die letzte Milliarde Sparanlagen überschritten. Nach einer Schätzung des deutschen Sparfalten- und Giroverbandes dürfte die letzte Milliarde Sparfaltenanlagen Ende 1927 überschritten worden sein. Für die vier Jahre seit der Stabilisierung bedeutet das einen jährlichen Zuwachs von rund anderthalb Milliarden. 1927 allein brachte einen Zuwachs von 1,57 Milliarden. Mit der Summe von 6 Milliarden Sparanlagen stehen die deutschen Sparfalten wieder vor der Gesamtheit der privaten Geldanlagen des Deutschen Reiches, wenn die kurzfristigen Auslandsgelder der privaten Banken nicht berücksichtigt werden, was bei einem Vergleich berechtigt ist.

Was jagt der Bär?

Prosit Neujahr 1928



In ein neues
Jahr tritt die treue
Wegbegleiterin des
schaffenden Berliners. ~
Dankbar für die ihr
erwiesene Gunst, grüßt
heute die alten Freunde
und verspricht auch im
neuen Jahre hohen Genuß und
belebende Spannkraft

JOSETTI JUNO

Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette

